

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 14. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aus den Berichten der sächsischen Fabrikinspektoren.

II. Eine Enquete über Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

Die Nachteile, die sich als Folge der Ehefrauenarbeit in gewerblichen Betrieben auf dem Gebiet der Volksgeundheit und der Kindererziehung in sehr fühlbarer Weise bemerkbar machen, haben die Kommission für Arbeiterstatistik veranlaßt, Erhebungen über diese Seite moderner Ausbeutung, ihre Gründe und ihre Folgen anzulegen. In Sachsen sind diese Umfragen im letzten Viertel des verflossenen Jahres vor sich gegangen, leider aber auf Anordnung des Ministeriums des Innern auf eine Weise, die die Feststellung der Thatsachen erschwerte. Durch die Unternehmer und unter deren Kontrolle wurde die Befragung der Arbeiterinnen vorgenommen. Es wurden jedoch auch die Gutachten der Unternehmer selbst eingeholt und Umfragen bei Ärzten und teilweise auch bei Lehrern vorgenommen. Die Arbeiter-Organisationen sind hierbei natürlich wiederum übergangen worden. Soweit Unternehmer in Betracht kommen, sind die Urteile natürlich ganz wertlos. Sie leugneten aus leicht erklärlichen Gründen einfach alle gesundheitlichen und sonstigen Nachteile und waren, wie aus den Berichten hervorgeht, sichtlich von dem Bestreben geleitet, einer Reform durch ihre Gutachten vorzubeugen. Trotz der unglücklichen Form, in der die Erhebungen aufgenommen wurden, sind doch teilweise ganz interessante Thatsachen zu Tage gefördert worden.

Die Frauenarbeit ist in Sachsen ungemein ausgebreitet. Unter 527 523 in zahlpflichtigen Betrieben beschäftigten Personen waren nach der Arbeiterzählung am 1. Mai v. J. 168 833 Arbeiterinnen und darunter einschließlic der geschiedenen und verwitweten) 50 762 Verheiratete. Der größte Teil ist in der Textil- und Bekleidungs-Industrie, eine beträchtliche Anzahl aber auch in Bergwerken, Eisenhütten, Steinbrüchen, Glashütten usw. mit schweren Arbeiten beschäftigt.

Nach den an die Unternehmer ausgegebenen Fragebogen war zunächst zu ermitteln, welche Gründe Ehefrauen veranlaßt haben, in der Fabrik Beschäftigung zu suchen. Es kam und wird niemand überraschen, daß der weitaus größte Teil dieser Frauen durch die Not zur Fabrikarbeit gezwungen wird; es ist aber immerhin bemerkenswert, daß diese Thatsache selbst in der allergünstigsten geschäftlichen Konjunktur von den sächsischen Fabrikinspektoren berichtet werden muß. So meldet der Dresdener Beamte, daß von 131 in einer Schokoladenfabrik beschäftigten Frauen nur eine angab, nicht direkt zur Arbeit in der Fabrik gezwungen zu sein; sie arbeite vielmehr nur um zu sparen. Im Chemnitzer Bezirk wurden von 2002 Ehefrauen die Gründe ermittelt. 1317 davon sind wegen zu geringen Verdienstes des Mannes genötigt, 190 arbeiten um Schulden bezahlen zu können, 56 haben kranke Männer, 43 lebten getrennt von ihren Männern, 42 haben Eltern zu unterstützen, 14 eine zahlreiche Familie und 21 arbeitscheue oder im Gefängnis befindliche Männer; 253 aber behaupten, zu arbeiten, um die Zeit besser ausnützen zu können. Ähnlich gestalten sich die Erhebungen über diesen Punkt auch in anderen Bezirken.

Die Erörterungen über die gesundheitlichen Nachteile der Frauenarbeit für die Frauen selbst sind sehr lückenhaft. Es sind einzelne Verrie gar nicht berücksichtigt, sondern meist nur ganz allgemeine Gutachten abgegeben worden. Als Folge der durch die Ehefrauenarbeit bedingten unregelmäßigen Ernährung werden fast allgemein Magenkrankheiten angeführt. Ein Großenhainer Arzt hat beobachtet, daß Frauen, welche in der Textilbranche und Cigarrenfabrikation beschäftigt sind, weniger Widerstandsfähigkeit bei Erkrankungen als andre Frauen gezeigt haben; ein Arzt in Riesa konstatiert, daß die schwere Arbeit in Biegeleien häufig Fehlgeburten erzeugt, auch daß das Vorkommen von Bleivergiftung in Biegeleien, wo glasfeste Ware hergestellt wird, wird von ärztlicher Seite hingewiesen.

Bedeutungsvoller noch als die gesundheitlichen Einwirkungen sind die Folgen auf die Kinderpflege und -erziehung; daß hier die Frauenarbeit arge Missethände im Gefolge hat, wird fast in allen Berichten zugegeben. Der Inspektionsbeamte des Bezirks Plauen i. V. läßt sich in dieser Beziehung folgendermaßen aus: „... Frühmorgens, ehe die Frau zur Arbeit geht, ist sie gezwungen ein oder zwei Kinder zu der Ziehfrau oder, wenn möglich, in eine Bewachungsanstalt zu bringen, sofern keine Verwandten für deren Verpflegung sorgen. Die Kinder müssen deshalb häufig gewaltsam aus dem Schlaf gerissen werden und gleich darauf durch die oft kalte Morgenluft ihrem Tagesbestimmungsort zugeführt werden; daß die Gesundheit mancher Kinder darunter leidet, dürfte nicht zu bezweifeln sein.“ Zeigt sich schon hier, wie die unschuldigen Kleinen schwer unter der schrankenlosen Ausbeutung der billigen weiblichen Arbeitskraft leiden, so tritt diese Thatsache durch folgende Schilderung des Chemnitzer Beamten noch drastischer hervor: „Die den Kindern (von fremden Bismüttern) gereichte künstliche Nahrung ist nach dem Urteil aller darüber befragten Ärzte meist sehr ungesund, ja unvernünftig; es soll nicht selten vorkommen, daß den Kindern Schnaps eingekeht wird, um sie zu beruhigen.“ Ähnliche Aeußerungen liegen sich noch eine ganze Anzahl anführen. Die Folgen einer solchen Kindererziehung bleiben natürlich nicht aus, sie machen sich

vielmehr in einer großen Kindersterblichkeit bemerkbar. Eine von einem Arzte im Plauenschen Bezirk angefertigte Aufstellung zeigt drastisch, daß die Kindersterblichkeit mit der Fabrikarbeit zugenommen hat:

Im Durchschnitt befanden sich unter 100 Sterbefällen in Plauen:

in den Jahren 1800—1824	33,8 Säuglinge
„ „ „ „ „ 1825—1829	32,4 „
„ „ „ „ „ 1830—1875	39,8 „
„ „ „ „ „ 1875—1899	43,9 „

Diese Aufstellung stellt ohne Kommentar eine fürchterliche Anklage gegen die Gesellschaft dar. — Diejenigen der Kleinen, welche die Vernachlässigung ertragen, haben zumeist eine traurige, freudlose Kindheit, die mangelnde Erziehung macht sich nicht selten in der Schule noch bemerkbar. So sagt ein Lehrer im Plauenschen Bezirk, daß sich bei Kindern, deren Mütter in der Fabrik arbeiten, schlechtes Betragen, Mangel an Fleiß und Unreinlichkeit als nachteilige Folge der fehlenden mütterlichen Aufsicht und Erziehung bemerkbar machen. — Es ist ein trauriges Bild, das sich in den Berichten der Fabrikinspektoren hier enthüllt. Und doch offenbart sich auch hier die Unfähigkeit der Gesellschaft, auch nur die schlimmsten Uebel zu beseitigen. Nicht mit Unrecht wird der Vorschlag, die Fabrikarbeit verheirateter Frauen ganz zu verbieten, mit dem Hinweis beantwortet, daß die Folge nur die Vergrößerung des Elends sein würde, oder man erreichte, daß die Frau zur Heimarbeit greifen und so aus dem Regen in die Traufe kommen würde. Selbst der Vorschlag, die Schonzeit für Wöchnerinnen zu verlängern, begegnet dem Einwand, daß dann die Frau bei jeder Schwangerschaft die Stelle verlieren würde, und von einer Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Mittagspause fürchtet man, daß die Unternehmer dann von der Arbeit verheirateter Frauen ganz absehen könnten, was die schon andeuteten Folgen haben würde.

In der That dürfte eine einheitliche Reform der Frauenarbeit auf Schwierigkeiten stoßen. Es ist eben fast unmöglich, diese aus der allgemeinen Arbeiterfrage herauszulösen. Als Teil der „socialen Frage“ kann sie nur mit dieser gelöst werden. Man befördere die Socialgesetzgebung und gewähre Gewerkschaften die nötige Bewegungsfreiheit, dann werden auch die geschilderten Schäden von selbst verschwinden.

China.

Der Nachrichtendienst ist nun fast völlig verstimmt. Ueber das fatale Schicksal helfen sich die Sensationsblätter damit hinweg, daß sie wieder die Geschichte von der allgemeinen Niederwerfung der Fremden in Peking auswärmen — diesmal wird das Massacre auf den 6. Juli datiert.

Auch über die Lage in Tientsin kommen keine neuen Meldungen. Jedenfalls haben die Führer der europäischen Truppen keine Gelegenheit, Erfolge zu vermelden. Dagegen werden Klagen laut über die Unzuverlässigkeit des Vorgehens.

Zweifelhaft ist es einzuweisen, ob sich das Ausbleiben zuverlässiger Meldungen dadurch erklärt, daß die Truppen der Mächte einer Katastrophe zutreiben oder bereits verfallen sind oder ob nur der Nachrichtendienst technisch gehemmt ist. Nach angeblich zuverlässigen Londoner Meldungen ist auf dem Landweg zwischen Korea und China jede Telegraphenverbindung unterbrochen. Das gleiche gilt von der Telegraphenverbindung zwischen Tschifu und Shanghai. Deshalb müssen Telegramme jetzt per Schiff von Taku nach Chemulpo gebracht und von dort über Japan und Singapur weiter befördert werden, was mit großem Zeitverlust verbunden ist.

Ist dies richtig, so kann man vorerst überhaupt auf authentische Meldungen verzichten.

Die Lage in Kiautschou bleibt ungesichert. Daß deutsche Truppen von Taku nach Tjingan geschickt worden sind, scheint darauf zu deuten, daß auch der Platz an der Sonne gefährdet ist.

Eine eigentümliche Rolle spielt Li-Hung-Tschang, der große Chinese; er scheidet fortgesetzt allerlei beschwichtigende widerspruchsvolle Kundgebungen in die Welt. Wir haben den Eindruck, als ob Li-Hung-Tschang — auf den die fremden Mächte so vertrauensvoll rechnen — in Wahrheit der eigentliche Organisator des Boxer-Aufstands ist, in dessen Dienst er auch jetzt seine diplomatischen Künste stellt.

Peking und Tientsin.

Londoner Abendblätter melden, daß Freitagvormittag in London ein amtliches Telegramm aus Peking eingetroffen sei, nach welchem sämtliche Fremden in Peking am 6. Juli ermordet worden seien. Aus diesem Anlasse richtete das „Neuerliche Bureau“ an das Auswärtige Amt eine Anfrage, auf welche ihm geantwortet wurde, daß im Auswärtigen Amt nichts hiervon bekannt sei. Es handelt sich zweifellos um leere Sensationsmacher.

Ueber die Kämpfe um Tientsin wird nichts Neues berichtet. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Tientsin vom 4. d. M., zwischen den Befehlshabern der verbündeten Truppen bestimme allgemein der Wunsch, miteinander zu kooperieren. Ein wirksames Vorgehen der Verbündeten werde aber durch Mangel an Zusammenstoß beeinträchtigt. Der Vorteil habe bei den Operationen der letzten Wochen im ganzen auf Seite der Chinesen gelegen, deren Artillerie derjenigen der europäischen Truppen an Güte überlegen sei.

Kiautschou.
 Deutsch-offiziös wird bekannt gegeben: Die aus englischer Quelle stammende Nachricht von einem Zusammenstoß deutscher Truppen mit Boxern bei Kiautschou findet sich bei der Berliner amtlichen Stelle keine Bestätigung. Auch über weitere Verluste unserer Marine- und Landtruppen bei Tientsin sind keinerlei Mitteilungen eingegangen.

Diese Nichtbestätigungen und Nicht-Mitteilungen beweisen nicht, eine Bestätigung für die Gefährdung Kiautschous liegt dagegen in der Truppenentfendung von Taku aus.

Wem dient Li-Hung-Tschang?

Aus Kanton wird berichtet: Der Sieckönig Li-Hung-Tschang hat am 6. d. M. auf dem Landwege ein handschriftliches kaiserliches Edikt vom 17. Juni erhalten, worin alle Gouverneure um schleunige Truppenentfendung zur Hilfe gegen die Rebellen, zu denen offenbar auch der Prinz Luon gerechnet wird, ersucht werden. Li-Hung-Tschang will auf dieses Edikt hin, das unzweifelhaft noch echt ist, einige Tausend Mann nach Peking schicken. Auch andre Gouverneure werden voraussichtlich Truppen entfenden.

Der 17. Juni ist lange her, und die Verstärkung, Li wolle Truppen nach Peking entfenden, sieht ganz wie eine Verhöhnung der Mächte aus.

Uebrigens bleibt Li-Hung-Tschang in Kanton und begiebt sich nicht nach Peking.

Der Zustand in der Mandschurei.

Wie dem „Standard“ aus Shanghai vom 11. d. M. berichtet wird, sind dort Meldungen aus Kiautschou eingegangen, denen zufolge die Ausländer dort einen Angriff von Boxern und chinesischen Soldaten fürchten. Es wird weiter gemeldet, daß russische Truppen eine Abteilung Chinesen bei Liao-Hang, 40 Meilen südlich von Mukden, geschlagen haben. — Sicheres fehlt.

Ueber den Zustand in der Mandschurei liegt eine ausführliche nicht datierte Darstellung aus dem russischen Finanzministerium vor. Danach hätten sich revolutionäre Bewegungen nur in der Gegend der Städte Hai-Tschin, Tiao-Jan und Mukden bemerkbar gemacht, doch wurden sie bald unterdrückt. Noch am 21. Juni berichtete der Hauptingenieur der Mandschurischen Bahn aus Chardin, daß auf der Bahn überall Ruhe herrsche und daß die Gouverneure von drei Provinzen für die Aufrechterhaltung der Ruhe einstehen, wenn die Russen keine Feindseligkeiten begünnen. Die ruhige Stimmung, die scheinbar längs der Bahn herrscht, hielt aber nicht an, sondern die revolutionäre Bewegung verbreitete sich von Peking aus bis nach der Mandschurei. Einige chinesische Beamte schlossen sich der Bewegung an und chinesische Truppen machten dort mit ihnen gemeinsame Sache.

Am 22. Juni wird aus Chardin gemeldet, daß der Gehilfe des Gouverneurs von Mukden den Gouverneur in Haft genommen, sich an die Spitze der aufständischen Truppen gestellt habe und gegen Tientsin marschiere. Auch die Kohlenbergwerke von Jan-Sai wurden von Chinesen angegriffen und die Beside bei der Station Liao-Jan angezündet. Die katholische Mission in Mukden wurde zerstört und die dortigen Kaufmannsläden wurden geplündert.

Im Norden der Mandschurei, in der Provinz Jizjar wurden schnell chinesische Truppen zur Sicherheit der Bahn mobilisiert. Die Proklamationen der Aufständischen wurden auch in Mukden und Girin veröffentlicht und der Gouverneur erklärte der Bahndirektion, nicht für die Sicherheit garantieren zu können.

Der Oberingenieur berichtete darüber: Der Generalgouverneur von Kinn hat am Schup. Am 24. Juni wurde ein Edikt des chinesischen Kaisers angefangen, das den Truppen befahl, sich mit den Boxern zu vereinigen. Am 25. Juni wurde dem Hauptingenieur von Gouverneur von Mukden bekannt gemacht, daß das ganze Eigentum an die chinesischen Beamten übergeben werde, und daß sich die Russen unter dem Geleit der chinesischen Soldaten ausruhen und die Mandschurei verlassen sollen.

Darauf gab der Hauptingenieur alsbald folgende telegraphische Antwort:

Gemäß dem mit der chinesischen Regierung abgeschlossenen Vertrag sind die Russen verpflichtet, die Eisenbahn zu bauen. Deswegen kamen sie nach der Mandschurei, wo sie drei Jahre hindurch mit der Bevölkerung im besten Einvernehmen gelebt haben. Jetzt sind in der Provinz Mukden Boxer aufgetaucht, welche die chinesischen Chinesen angegriffen und Eisenbahnarbeiter, die Bewachungsmannschaften und Ingenieure nicht verschont haben, während die Beamten in Mukden nicht gehorcht haben, um das zu verhindern. Um den Unordnungen sofort ein Ende zu machen, ist der Gouverneur in Mukden verpflichtet, die Rebellen zu vernichten. Kann er das nicht mit den ihm zu Gebote stehenden Nachmitteln, so soll er sich wegen Hilfe von Seiten der russischen Regierung an den Chef der Provinz Kuwantung (Fort Arthur) wenden. Der chinesische Gouverneur hat kein Recht, den Russen vorzuschlagen, die Eisenbahnarbeiten aufzugeben, da die Eisenbahn im Einvernehmen von Rußland und China gebaut ist. Ich sehe, daß der Gouverneur von Mukden die Pflicht des treuen Dienstes zum Kaiser vergessen hat, wenn er solchen Antrag vorschlägt. Der Gouverneur bezug eine so schwere Uebertretung, wahrscheinlich nur aus Furcht vor den Aufständischen und vergaß die Pflicht für seinen Dienst und seine Ehre. Ich rate, dieses niedrige Gefühl der Furcht vor den Boxern aufzugeben, sowie die schlechten Berater vor sich zu entfernen, und sich männlich an die Spitze der Truppen zu stellen, welche noch nicht dem Anstand verfallen sind und mit Hilfe des russischen Chefs von Kuwantung die Rebellen zu vernichten und die Ruhe wieder herzustellen.

Am 26. Juni wurde gemeldet, daß sich überall längs der Eisenbahn chinesische Truppen sammeln. Am 27. Juni meldete der Hauptingenieur, daß die Schutzmannschaft in Stärke von 150 Mann gezwungen war, sich von Tientsin zurückzuziehen, und daß sich große Massen chinesischer Truppen sammelten, um einen Angriff an mehreren Punkten der Bahn vorzubereiten, und selbst Chardin zu bedrohen. Der Hauptingenieur gab dem Befehl, die Eisenbahn-Bediensteten zum Schutze der Bahn zu konzentrieren.

Die deutsche Seebrigade.

Für das deutsche ostasiatische Expeditions-Corps wird die Stellenbesetzung veröffentlicht. Gebildet werden zwei „ostasiatische Infanterie-Brigaden“ mit je zwei

„asiatischen Infanterie-Regimentern“, welche die Nummern 1 bis 4 erhalten. Daneben wird ein „asiatisches Reiterregiment“ zu 3 Schwadronen (Kommandosort Potsdam; 1. Garde-Mulden-Regiment) gebildet. Die Artillerie besteht aus einem „asiatischen Feldartillerie-Regiment“ zu 4 Batterien, einer „leichten Reibungs-Kolonnen“, einer „halben leichten Feld-Kolonnen“, einer „Halben leichten Feld-Kolonnen“ und einer Batterie schwerer Artillerie des Feldheeres (Haubitzen).

Jedem der 4 Infanterie-Regimenter sind außer dem Kommandeur und 3 Stabsoffizieren 8 Hauptleute als Kompanieführer, je 9 oder 10 Oberleutenants und je 25 oder 26 Leutenants zugeteilt. Im ganzen besteht das Offizierscorps für die asiatische Expedition aus 326 Offizieren und 4 Ärzten. Jedem der vier Infanterie-Regimenter und dem Artillerie-Regiment sind 4 Ärzte, dem Reiter-Regiment und dem Pionier-Bataillon je 2 Ärzte zugeteilt. Die Sanitäts-Compagnie umfasst 8 Ärzte, die 4 Feldlazarette 24, das Kriegs-Lazarett-Personal 19 und das Lazarettschiff 10 Ärzte.

Die Einigkeit der Mächte

Ist in China genau ebenso bestellt, wie weiland die „Einigkeit“ in Areta: es ist die Einigkeit der Hunde und Nagel. Der Londoner „Standard“, das Organ Lord Salisbury's, enthält in seiner gestrigen Nummer die erbauliche Thatsache, daß die Mächte sich nicht einmal über die Stärke der von jeder einzelnen zu stellenden Expeditionstruppen verständigt haben, und daß jede Macht nach Guldanken handelt und möglichst viel Truppen zu schicken sucht — ein Zustand, der, wie das englische Regierungsblatt mit etwas trivialer, aber unanschaulicher Weisheit sich äußert, „die Gefahren der Lage eher vermehrt als vermindert“.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Juli.

Die Börse und die chinesischen Wirren.

Man schreibt uns:

Bedürfte es noch eines Beweises dafür, wie faul die ganze kapitalistische Herrlichkeit ist, so wäre es das Verhalten der Börse während der letzten vierzehn Tage gegenüber den chinesischen Wirren. Auf die wilden Ausschüßte der ein paar Beruhigung gefolgt, aber sie ist künstlich gemacht und unter der anscheinend ruhigen Oberfläche hört man die dumpfen Donner-schläge des Zusammenbrechenden. In warnenden Stimmen, die das baldige Ende dieser Prosperitätsperiode verkündeten, hat es ja seit langem nicht gefehlt, aber sie gingen unter in dem tollen Geheul nach dem höchsten Profit. Es ist fast wie eine Ironie der Geschichte, daß der Chinese, den man eben erst mit all den Segnungen kapitalistischer Kultur erdrücken wollte, es ist, welcher aus der Ferne der zu den höchsten Ausschüßten hinaufgelagerten kapitalistischen Schwindelherrschaft den alles erschütternden Zutritt giebt.

Nachdem, trotz aller Schweigsamkeit des Telegraphen, langsam die schredliche Wahrheit der unübersehbaren Katastrophe in China durchgedrungen war, wurde die Börse von einer wilden Panik ergriffen, die sich in massenhaften Verkäufen äußerte. Für die Verluste der letzten 14 Tage werden Riesensummen genannt; im Augenblick ist es wohl noch gar nicht möglich, sie abzuschätzen. In Berlin haben sich, um das schlimmste zu verhüten, alsbald die Säupter der hohen Finanzwelt zu einer schleunigen Hülfeleistung zusammengethan. Ihre Käufe haben dann die kopflose Angst der Geldbesitzer etwas beschwichtigt, die Schweigsamkeit des Telegraphen hat ein Uebriges gethan und im Augenblick herrscht einige Ruhe. Doch die Börsenpanik hat nur einen vorläufigen Abschluß gefunden — das dicke Ende kommt nach.

Die Ueberfahrt in den Fortbestand der guten Konjunktur, wie sie noch bis vor kurzem an der Börse bestanden hat, ist jetzt vollständig geschwunden. Auch die Diskont-ermäßigung der Reichsbank und die beruhigenden Aeußerungen des Reichsbank-Direktors Dr. Koch vermögen daran nichts mehr zu ändern. Dem gleichzeitig damit tauchen die ungünstigsten Nachrichten vom Eisenmarkt auf. Ausländisches Roheisen wird plötzlich unter dem Syndikatspreise angeboten, ausländisches Roheisen ist plötzlich um 15 Mark pro Tonne billiger geworden und vom amerikanischen Eisenmarkt kommen die ungünstigsten Gerüchte. Das sind erst die Vorboten! Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beginnen die Werke bereits mit Betriebseinsparungen und durch eine lächerliche Geheimnisträmerei sucht man um die Thatsache herumzukommen, daß Krupp demnächst zu Arbeiter-Entlassungen schreiten wird.

Zunächst haben erst die Werke, die direkt für China mit Aufträgen versehen waren, die Folgen der Wirren zu kosten bekommen durch Zurückziehung der Aufträge. Bald wird der Wellenschlag der chinesischen Ereignisse weitere Kreise erfassen. Schon jetzt ist klar, daß eine allgemeine Finanzkrisis in Ostasien nach Beendigung der Wirren ausbrechen wird, und sie wird nur ein Teil jener Krise sein, die das kapitalistische Europa erfasst und deren Sturmzüge eben über die Börse dahingerauscht sind.

Wir stehen anscheinend bereits unmittelbar dem Schlimmsten gegenüber. Wenn in der nächsten Zeit Europa sich auf dem chinesischen Kampfboden weitere Niederlagen holen wird und der Telegraph nichts mehr verschweigen kann, wird es für die Börse kein Halten mehr geben und wir werden die Katastrophe erleben, für welche die Ausschüßte der vierzehn Tage nur das Vorbild gewesen sind.

Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Man schreibt uns vom Rhein: Auch die Regierung in Düsseldorf hat den Landräten, Bürgermeistern usw. ihres Bezirks den ministeriellen Erlaß über die Begutachtung der zur Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes gemachten Vorschläge mitgeteilt. In dem Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf werden die Landräte, Bürgermeister usw. angewiesen, „mit den Vorständen der Orts- und Betriebs-Krankenkassen oder sonstige geeigneten Personen“ Rücksprache zu nehmen. Und in der That ist denn auch von einigen, allerdings mit wenigen Stadtverwaltungen den Vorständen der im Orte vorhandenen Krankenkassen der behördliche Erlaß zur Begutachtung mitgeteilt worden, allerdings nur von Punkt 1 bis 10 (siehe den „Vorwärts“ vom Dienstag), die Punkte 10a—c fehlen, wenigstens in der Fassung, wie der Oberbürgermeister von Essen den Erlaß den Krankenkassen-Vorständen mittelst. Wahrscheinlich ist der Herr zu diplomatisch, um die politische Hauptabsicht der Reform, die Aussparung der Socialdemokratie, den Vorständen der Krankenkassen zu verraten. Ob die übrigen Regierungspräsidenten an die Behörden eine ebenso vernünftige Anweisung gerichtet haben, ist uns unbekannt, wir wissen nur, daß die allermeisten Stadtverwaltungen

im Rheinland sich nicht mit den Krankenkassen-Vorständen in Verbindung gesetzt haben. Man hält offenbar die Vorstände der Kassen nicht für die geeigneten Personen, um in dieser Sache zu allernächst angehenden Frage ihr Urteil abzugeben.

In Köln hat sich — ohne Zweifel auf behördliche Anregung — der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt.

Der Verein hat der Ausdehnung der Unterstützungsdauer zugestimmt mit der Meinung, daß die Mehrbelastung der Kassen dadurch nicht erheblich sein werde. Die geplante Erweiterung soll sich auf sämtliche der Invalidenversicherung unterliegende Personen erstrecken. Eine Vereinfachung der Ortskrankenkassen in Städten oder ländlichen Bezirken zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Beseitigung von Ungleichheiten erscheint im allgemeinen wünschenswert, soll aber im Hinblick auf die Verschiedenheit im Stande der Kassen nicht durch Gesetz, sondern von den Verwaltungsbehörden nach Rücksicht der örtlichen Verhältnisse bestimmt werden können. Eine Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber ist weder notwendig, noch angesichts der ohnehin schon in Deutschland hohe sozialen Lasten wünschenswert. Sollte sie trotzdem erfolgen, so wäre eine Gleichstellung der Arbeitgeber hinsichtlich der Rechte in der Verwaltung der Kassen selbstverständlich zu beanstanden. Dem Anschluß der Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltung wird entschieden widersprochen, da dadurch die Selbstverwaltung beeinträchtigt und den Bureaukratismus Vorwand geleistet wird. Ärztliche Behandlung soll nur durch wissenschaftlich gebildete, approbierte Ärzte gestaltet sein, unbeschadet der Jurateilnahme von Naturheilkündern in bestimmten Fällen mit Genehmigung des Kassenvorstands. Der Verein spricht sich gegen die unbeschränkt freie Arztwahl aus, eine beschränkt freie Arztwahl genüge. Das Krankengeld soll auch im Fall der Erkrankung durch geschlechtliche Ausschweifungen zur Verhütung von Anstaltungen, die bei sonst zu beschränkter Verheimlichung der Krankheit erfolgen können, umso mehr gewährt werden, als die Kassen dadurch nicht erheblich belastet würden. Die bestehenden Hilfskassen sollen im Hinblick auf die wohlthätige Wirkung solcher Kassen, namentlich im Stande der kaufmännischen Angestellten, als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten, neue Kassen dieser Art aber nur nach als Zusatzklassen behandelt werden.

Die Reform der Krankenversicherung im Sinne des Geheimrats Hoffmann findet demnach selbst bei den Schatzmachern nicht unbedingte Anerkennung, wenn diese natürlich auch mit der Herausdrängung der Socialdemokratie aus der Kassenverwaltung durchaus einverstanden sind.

Der Löwe ist nicht tot!

„Viele Hunde sind des Löwen Tod.“ sagt das Sprichwort, und nach den letzten englischen Verichten aus Transvaal schien es manchem, der Boeren-Löwe sei von der Meute der englischen Wulfboggen müde gejagt und werde bald niedergehegt sein. Wir selbst wandten uns wiederholt gegen diese kleingläubige Auffassung, die in fast der gesamten boerenfreundlichen Presse der bürgerlichen Parteien mehr und mehr zur Herrschaft gelangte. Wir wiesen darauf hin, daß die Ereignisse in Ostasien ermutigend auf die Boeren gewirkt haben müssen, und zogen gerade aus den häufigen englischen Siegesberichten den Schluß, daß sogar in dem Orange-Freistaat, der kleineren der beiden Republiken, die Kampflust und Kampffähigkeit der Boeren nicht gebrochen ist.

Der britische Ober-General Roberts war in seinem Urteil über den Stand der Dinge auch keineswegs optimistisch. Auf die Anfrage der englischen Regierung, ob er nicht Truppen für Ostindien abgeben könne, antwortete er kategorisch: nicht einen Mann! und erklärte, daß vor September an die Beendigung des Kriegs nicht zu denken sei. Heute wird er auch diese Erklärung noch für zu günstig halten. Hat er doch in den letzten Tagen die Kraft des Löwen an seiner eignen, von ihm persönlich kommandierten Hauptarmee zu erproben gehabt und gleichzeitig zwei schwere Niederlagen erlitten.

Der Telegraph meldet darüber:

Zeitmarschall Roberts telegraphierte aus Pretoria vom 12. Juli: Die Boeren machten gestern einen entschlossenen Angriff auf unsere rechte Flanke und ich bedauern melden zu müssen, daß es ihnen gelang, sich des Nitralbened zu bemächtigen, welcher von einer Schwadron der granen Schotten, 2 Geschützen und 5 Kompagnien des Lincoln-Regiments besetzt war. Die Boeren griffen bei Tagesanbruch mit überlegenen Streitkräften an, nahmen die Hügel, welche den Paß beherrschten und eröffneten ein mörderisches Gewehrfeuer auf die kleine Besatzung. Der Nitralbened liegt etwa 18 Meilen von Pretoria auf der Verbindungslinie mit Rustenburg. Der Kampf dauerte den ganzen Tag über. Ich sandte Verstärkungen, aber bevor dieselben eintrafen, war die Besatzung geschlagen. Die beiden Geschütze und ein großer Teil der schottischen Schwadron fielen in die Hände des Feindes, weil die Pferde der Aufreiter erschöpft waren. Außerdem machten die Boeren 60 Gefangene vom Lincoln-Regiment. Die Verluste liegen mir noch nicht vor, doch fürchte ich, daß sie bedeutend ist. In derselben Zeit wurden unsere Vorposten bei Terdsport angegriffen. Das 7. Dragonerregiment hielt mit großer Geschicklichkeit den Feind im Schach. Ich zog darauf die Reserven zurück und würde vielleicht keine großen Verluste gehabt haben, wenn eine Abteilung nicht Boerentruppen, die in einem Gehölz versteckt waren, für unsere Mannschaften gehalten hätte. — General Smith-Dorrien hat den Boeren bei Krugersdorp starke Verluste beigebracht. General Buller hat nach einem kurzen Gefechte die Boeren, welche die Bahnlinie bei Paardekraal zerstörten, zurückgeschlagen.

So die Datsche. Also zwei Niederlagen, die jedenfalls im Zusammenhang mit einander stehen, und durch die es den Boeren gelungen ist, die Eisenbahn-Verbindungen der Engländer zu stören und ihren Vormarsch aufzuhalten. Jedenfalls war der Angriff der Boeren sowohl gut kombiniert, als wichtig; und aus dem Wortlaut des Telegramms geht hervor, daß diese neuesten Niederlagen der Engländer den Niederlagen Bullers und seiner Unglücksgeossen zu Anfang des Jahres nichts nachgeben. Die paar kleinen „Siegesnachrichten“, die am Schluß des Telegramms als Pflaster auf die Wunde gelegt werden, machen einen fast komischen Eindruck, sie betreffen ganz unbedeutende Guerillagefechte im Orange-Freistaat.

Nach einer weiteren Depesche, die jedoch nur in verflümmelter Form zu uns gelangt ist — weshalb wir sie nicht veröffentlichen —, muß namentlich das zweite der von Pretoria, also aus der größeren der beiden Republiken, gemeldeten Treffen sehr blutig und für die Engländer verlustreich gewesen sein.

In England hat die Post eine niederschmetternde Wirkung ausgeübt. Die Hoffnung auf baldige Beendigung des Kriegs ist nun endgültig zerstört, und das englische Volk ist jetzt vor die Frage gestellt: will es, um die Tischen der Chamberlain, Rhodes und Consorten zu füllen, sich in Ostasien, wo seine Weltmacht auf dem Spiele steht, in sich legen und unter die Vormundschaft der Japaner be-

geben? Oder will es sich zur Gerechtigkeit entschließen, die in diesem Fall, wie in den meisten Fällen, die beste Politik ist?

„Keinen Mann“ kann Lord Roberts in Südafrika entbehren. Aber woher sollen die in China so notwendigen Expeditionstruppen kommen? In England sind kaum Truppen genug für die erforderlichen Nachschübe; und die paar Regimenter, welche in der Eile aus Indien entsandt worden sind, müssen unbedingt rasch wieder ersetzt werden, da die Ereignisse in Südafrika und in Ostasien auch in Indien eine bedenkliche Gährung hervorgerufen haben. Den Boerenkrieg fortsetzen, heißt unter diesen Verhältnissen den Fortbestand der englischen Weltmacht gefährden.

Deutsches Reich.

Die „einigen“ Regierungen. Mit der Einigkeit der deutschen Regierungen scheint es ähnlich zu stehen, wie mit der Einigkeit der Mächte. Andererseits würde sich nicht der mehrwürdige Eifer erklären, mit der die Einigkeit immer wieder festgestellt wird. So wird jetzt von München aus berichtet, der bayerische Ministerpräsident v. Crailsheim habe in der Sitzung des Bundesrats-Ausschusses hervorgehoben, daß die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten sich in den bewährtesten Händen befinde; man dürfe daher mit Vertrauen in die Zukunft blicken.

Aber hat man denn jemals etwas anderes geglaubt? Die jetzt übrigens festgestellt wird, hat man sich zu der Berufung des Bundesrats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten — die zum erstenmal seit Bestehen des Reichs erfolgt ist — tatsächlich erst auf Drängen Bayerns entschlossen. Bekanntlich worden sei der Schritt der bayerischen Regierung nicht bloß durch die chinesischen Wirren, sondern mehr noch durch die zum erstenmal in größerem Maßstab erfolgende überseeische Verwendung deutscher Truppenkörper.

Vorschriftsmäßig. Das gestern von uns geweihsagte begeisterte Freudengetöse der bürgerlichen Presse über die völlig belanglosen Allgemeintheiten des Grafen Bülows hat sich prompt eingestellt. Der Verantwortliche der jetzt eingetretenen blutigen Katastrophe der Weltpolitik ersreut sich immer noch der hohen Protektion des Kultur-Schmucks. Wir sind neugierig, wann die Ratten an die Abreise denken werden; einstweilen scheint ihnen das Schiff noch behaglich.

Bülw meldet natürlich wieder die Guldigungen des Ausland-Schmucks für den Grafen von Stauffen; die ausländischen Presstimmen über die zweite Kaiserrede über den Nachkrieg ist das Bureau immer noch schuldig. Die tiefst empfundenen Worte findet doch wieder der „Kleine Journal“ Leipziger, der doch eigentlich die auswärtige Politik noch schwingvoller leitet als Herr v. Bülow. Herr Leipziger wird erst dann zufrieden sein.

„Wenn die Langzöpfe vor der deutschen Flagge auf den Bauch fallen, wenn sie wissen, daß einen Deutschen anfallen die exemplarische Strafe auf die Uebelthäter zehrt. Wir können nicht von unjrem Vergeltungszuge lassen, selbst wenn wir wollten.“ Die Autorität muß stabilisiert werden, als wie ein rocher de bronze.“ Und wir wollen auch gar nicht! — Säbne und Genugthuung! Davon soll uns niemand abbringen!

Also erläutert Leon Leipziger die Worte des Grafen Bülow — im Namen Deutschlands!

Der überflüssige Reichstag. Die schriftstellerische Uebung des Grafen Bülow über die Chinafrage genügt, so wird jetzt verkündet, allen Ansprüchen des Volks. Die Einberufung des Reichstags sei danach entbehrlich geworden. Man wird erst in der zweiten Hälfte des Oktober dem Volke die Rechnung für die Weltpolitik präsentieren.

Die Bourgeoisie hat natürlich gegen solche Ausschaltung der Volksvertretung nichts einzuwenden. Bülow macht alles. Die chinesische Katastrophe scheint offenbar noch immer nicht groß genug.

Vom Fremdenkrieg. Seitens der Reichsanwaltschaft sind, so wird der „Volkszeitung“ aus Leipzig gemeldet, Erhebungen gegen die Polenvereine Deutschlands eingeleitet, um festzustellen, ob Unterstützungen an den „polnischen Nationalklub“ in Rapperswyl seitens polnischer Vereine gezahlt werden.

Es ist mithin eine große Hochverrats-Campagne gegen die Polen im Gange.

Die Chinesen belämpfen nur die Fremden, die als geduldete Gäste sich Herrenrecht anmaßen. Deutschland führt fortgesetzt Krieg gegen die eignen Angehörigen des Reichs.

Die Schutztruppe der Weltpolitik. Der von dem „Schwäbischen Merkur“ — übrigens nicht redaktionell, sondern als Publikumsmeinung — gemachte Vorschlag, aus Räubern, Mördern und Spitzbuben eine deutsche Kolonialarmee zu schaffen, hat nicht einmal den Vorzug, neu zu sein. Ein solches Heer stand schon einmal in deutschen Diensten. Als Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard am Ausgang des 14. Jahrhunderts gegen Dänemark und Norwegen zu Felde zog, erließ er einen Aufruf an alle, die auf eigene Kosten gegen beide Heide, Freuden und abentheuern wollten, mit Ranzen, Wreunen und Rehmen. Sie sollten sich in Wismar und Rostock einfinden, dort würde man ihnen einen „Siechbrief“ geben und „dazu vergönnen, daß jeder frei parthen, deuten und den Raub verkaufen könne.“ Es ist nicht zu beschreiben — sagt der Chronist — wieviel Lösen und böien Geindels zu Hause lief und allen Lauen, von Bauern und Bürgern, Amtsmänteln und andrem Volk, das nicht Lust hatte zu arbeiten und sich bedanken ließ mit leichter Mühe von den armen norwegischen und dänischen Bauern reich zu werden.

Da die Bande sich selbst befüßigte, nannte sie sich „Victorien Broders“ d. h. „Victorien-Brüder“. Aus ihr entstand die berühmte „Vitalien-Brüderschaft“, die noch jahrelang die Ost- und Nordsee unsicher machte und schließlich alle Schiffe, ob feindlich oder nicht, raubte und verbrannte. Der Chronist sagt bezüglich ihrer Entstehung: „Averst Gode tröste, wor man denen lösen hüpen de Haut löflich, so man se doch mit aller Macht lüne verhindern und weren kann, dar se nehn Luabt (seinen Schaden) dohn, wenn man sie alshon in grottem Dwanze holt.“

Das Aufgebot der Bestie hat sich bereits praktisch bewährt.

Landarbeiter-Glend. Das „Berliner Tageblatt“ brachte unlängst folgende Schilderung:

Als wir am Sonntag, den 10. Juni d. J., auf einer Krenferpartie nach Lanke kamen, gestellten sich polnische Arbeiter zu uns und luden mich und ... ein, mitzukommen und ihre Wohnung zu besichtigen. Mit Schauern und Entsetzen betrachteten wir dieselben. Es war uns, als ob wir in ein Verließ für Sträflinge geraten seien. Eine lange breite Treppe führte in einen tiefen Keller ohne Licht und Luft, da nur zwei kleine Luken durch die Decke lühten. Aufgemacht wird diese Art Fenster wohl, wie der Augenschein zeigt, niemals, weil die Kinder sie zum Zielgegenstand ihrer Steinwürfe machen und bei Regen weiter sonst das Wasser direkt hineinkommen würde. An den Wänden kriechen Schnecken umher (offenbar eine direkte Folge der Feuchtigkeit, die da unten herrscht). Das Schlimmste aber ist: beiderlei Geschlechter sind nicht einmal getrennt, sondern schlafen in ein und denselben Raume. Von den Lagerstätten will ich nichts erwähnen, es sind richtige Kisten, die jeder sich anmalen mag. Zu einer hinteren Ecke des Raumes lag eine kranke Person, doch konnte man wegen der mangelnden Helle nicht erkennen, ob es ein männliches oder

weibliches Wesen war. Und in dieser schrecklich verpesteten Luft soll ein kranker Mensch wieder gesund werden! Und wurde in der kurzen Zeit, während wir in dem Raume weilten, so viel zu Mute, daß wir schamhaft abziehen mußten und nur mit Mühe eine gewalttätige Entleerung unseres Mageninhalts zurückhalten konnten. Wer soll hier Rat und Hilfe schaffen?"

Diese Schilderung bringt nichts Unvergleichliches. Wir haben schon weit entlegene Darstellungen über das Wohnungsleben der Landarbeiter mitgeteilt. Wir erinnern z. B. an die unglücklich von uns veröffentlichte Schilderung eines Arztes über die unglücklichen Zustände in ostpreussischen Schütterhäusern. Die Nicht-Trennung der Geschlechter ist auch sonst nichts Ungewöhnliches, und das laienliche Wort von den Wohnungen, die schlechter seien als die Schweinställe ist unvergessen.

Der Fall in Lönke gewinnt aber dadurch eine gewisse Wertwürdigkeit, daß — unfrei Willens nun erkennen — die agrarische Presse sich herbeiläßt, dieses Dokument des Wohnungslebens im Paradies der Junfer wiederzugeben. Sonst werden derlei unangenehme Dinge sorgsam vertuscht, mag es sich auch um weit schlimmere Zustände handeln.

Ist die „Deutsche Tageszeitung“, die die obige Darstellung wiedergibt, plötzlich in sich gegangen und bemüht sich, dem Uebel zu steuern, indem sie der Wahrheit die Ehre giebt? Oder hat man ihr ein Rücksei in das agrarische Nest gelegt, das zu besudeln sie nicht für nötig hält, weil es ohnehin schmutzig genug ist? Ach nein, weder das eine noch das andre trifft zu. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ihre Todschweig- und Beschönigungstaktik nur für einen Ausnahmefall aufgegeben, weil jenes Gut, das einem Grafen v. Medem gehört, an einen — Juden, den belamten Kohlen-Friedländer, verpachtet ist.

Schade, daß nicht alle Gutbesitzer und Gutzüchter Juden sind, dann würde die Presse des Bundes der Landwirte doch wenigstens energisch gegen den Kofland der Landarbeiter vorgehen und vielleicht endlich Abhilfe schaffen.

Lebensmittelpreise und Arbeitslohn. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ ärgern sich über unsere Berechnungen, durch die wir nachweisen, daß von der Lohnerhöhung der letzten Jahre infolge der gleichzeitigen Erhöhung der Lebensmittelpreise nur ein Bruchteil den Arbeitern zu gute gekommen ist. Das Schweinebürgerliche Organ meint, unsere Berechnung gäbe ein schiefes Bild, weil das Jahr 1898 überdurchschnittlich hohe Preise aufgewiesen habe. Hätten wir das Jahr 1899 bei der Berechnung zu Grunde gelegt, so würde sich der wirkliche Anteil der Arbeiter an der Lohnerhöhung als bedeutend größer herausgestellt haben, weil die Lebensmittelpreise gerade im Jahre 1899 den höchsten Stand erreicht hätten. Die statistischen Mitteilungen über das Jahr 1899 lagen nun unserem Mitarbeiter, als er seine Berechnungen anstellte, noch gar nicht vor. Aber auch jetzt, nachdem sie erschienen sind, kann man nur sagen, daß die Behauptung der „P. N.“ keineswegs zutrifft. Eine Stichprobe im neuesten Heft des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich“ ergibt, daß von den vier Städten, über deren Getreidepreise Mitteilungen gemacht werden, zwei 1899 höhere Roggenpreise als 1898 hatten, während für zwei Städte der Roggen, das wichtigste Nahrungsmittel, eine niedrigere Notiz aufweist.

Die Fleischpreise waren dagegen 1899 allgemein und zum Teil sehr bedeutend höher als im Jahre zuvor. Nur Schweinefleisch zeigte eine billigere Notiz. Rindfleisch ist von 113,8 auf 115,9 M. für den Doppelzentner gestiegen, Hammelfleisch von 108,4 auf 110,0 M. und Kalbfleisch gar von 119,7 auf 132,5 M!

Rechnet man dazu die weitere enorme Steigerung der Wohnungspreise im Jahre 1899, so wird es nicht nur bei unserer Berechnung bleiben, sondern sich sogar herausstellen, daß der wirkliche Anteil der Arbeiter an der Lohnerhöhung im Jahre 1899 sich noch weiter verringert hat.

Hausfuchung. Am Freitag früh fand in der Redaktion der „Staatsbürger-Zeitung“ eine Hausfuchung statt. Beschlagnahmen wurden Zeitungen, Manuskripte und Briefe in der Königer Nord-angelegenheit.

Vermutlich wollte die Behörde die Beweise für den Ritualmord suchen, die das Blatt ja, seiner täglichen Versicherung zufolge, in Hülle und Fülle besitzt.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar schreibt man uns: Deut erzeugt Gegendrud. Dieses technische Naturgesetz scheint sich allmählich auch in unserem „Rusterländchen“ auf politischem Gebiet Eingang und Anerkennung verschaffen zu wollen. Noch in den letzten Jahren war hier zu Lande — abgesehen von der steten Bestimmung des prinzipiellen Standpunkts der Socialdemokratie bei allen passenden Gelegenheiten, und nicht zu gedenken der Schamzüge in den Reichstagswahlkämpfen — von einer politischen Agitation wenig zu spüren. Obwohl die Gegensätze vorhanden waren, traten sie doch nur verhältnismäßig selten in Erscheinung, da der Friede dem Kampfe vorgezogen wurde. Seit aber Herr Hans Luge v. Wurmb, der streitbare Agrarier unseres Landtags, seinen Landtagsstimm mit dem Ministerstempel verkauft hat, ist dies anders geworden. Die von ihm inaugurierte Freiheits- und volksfeindliche Politik, deren Tendenzen am deutlichsten in der Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens, d. h. in der Unterdrückung aller selbständigen Regungen der arbeitenden Klasse, zum Ausdruck kamen, hat auch in den der Arbeiterchaft fernstehenden Kreisen manchen, der den Schlaf des Gerechten schließ, aufgeweckt. Der Name v. Wurmb begegnet keineswegs überall respektvoller Würdigung, auch nicht bei denen, die ihrer sozialen Stellung nach dem Gewaltigen am nächsten stehen.

Gegen diese Reaktion ist nun eine Koalition aller freigeitlich gesinnten Elemente des Großherzogtums im Gange. Den Anlaß bieten die bedorftenden Landtagswahlen. Unsere Genossen haben die Initiative ergriffen und entsprechende Vorarbeiten getroffen, welche eine Stärkung der Opposition im Landtag verbürgen. Von der gleichen Absicht sind auch die Freisinnigen erfüllt, die nicht nur ihre 3 Landtagsitze behaupten, sondern noch einen dazu erobern wollen. Daß sie dabei auf die Unterstützung der Socialdemokraten angewiesen sind, steht fest. Ebenso sicher ist aber auch nach den Ergebnissen der am letzten Sonntag in Weimar abgehaltenen Konferenz der freisinnigen Vertrauensmänner der drei weimarschen Reichstagswahlkreise, daß wo die socialdemokratischen Kandidaturen aussichtslos sind, diese von den Freisinnigen unterstützt werden. Auch den National- Socialen wird nichts übrig bleiben, als sich dem socialdemokratisch-freisinnigen Kompromiß, soweit bis jetzt von einem solchen geredet werden kann, anzuschließen. Auf diese Weise könnte es vielleicht gelingen, Herrn v. Wurmb bis zu einem gewissen Grad das Handwerk zu legen und freisinnigeren Grundfragen in Staat und Gemeinde die Bahn zu brechen.

Ein Oberbürgermeister unter Vormundschaft der Stadtverordneten.

Aus dem Großherzogtum Hessen, 12. Juli, schreibt man uns: Ein Oberbürgermeister unter der Vormundschaft der Stadtverordneten, das dürfte wohl auch etwas Neues sein, was in deutschen Kommunalwesen so leicht nicht zum zweitenmal vorkommen dürfte. Ein derartiges Vorkommnis ist heute in Offenbach zur Thatfache geworden, indem auf Antrag unserer Genossen die Stadtverordneten-Versammlung den Beschluß faßte, einen Kontrollauschuß einzusetzen, der die Geschäftsführung des Oberbürgermeisters Weinl ständig zu überwachen hat. Dies machte sich deshalb notwendig, weil dieser nationalliberale Herr glaubte, Stadtverordneten-Beschlüsse, die ihm nicht paßten (und deren gab es bei dem zur größten Hälfte aus Socialdemokraten zusammen gesetzten Stadtverordneten-Kollegium mehrere) einfach ignorieren zu können, indem er es teilweise vermied, die ihm zustehende Verantwortung derselben anzunehmen, sie aber ebenso wenig ausführte, so daß ihn infolge dessen direkte Mißtrauensvoten ausgesetzt wurden.

Andrerseits beanstandete er wieder Beschlüsse, die ebenfalls in völlig legaler Weise gefaßt wurden, so daß um deren Durchführung erst langwierige Verhandlungen vor dem Kreisauschuß und event.

noch höheren Instanzen geführt werden müssen. Als ein weiteres Special-Hilfsmittel, ihm nicht genehme Beschlüsse zu hinterbreiten, beliehte der Herr Oberbürgermeister private Randlosien bei den dem Kreisamt zur Genehmigung einzureichenden Beschlüssen in Anwendung zu bringen, die dieselben dann als „socialdemokratische“ hinstellen sollten, um gegen sie Stimmung zu erregen.

Aber auch damit hat dieser Herr schon Reinfälle erlebt, da solche in Preußen und Sachsen wirksame Mittelchen in Hessen nun doch noch nicht verfangen. Gerade der letztere Umstand, der unsere Genossen so ganz zufällig belam wurde, hat deren Geduld erschöpft und sie zu einmütigem Beschlusse veranlaßt, der den Rationationen des eigensinnigen Stadtregenten ein für allemal einen Kiegel vorschieben wird. Der gewählte und nach der heftigen Städte-Ordnung zulässige Auschuß besteht aus fünf Mitgliedern und hat auch das Recht, sämtliche über Stadt- und Provinz-Beschlüsse angefertigte Aktenstücke einzusehen wie überhaupt deren Durchführung auf alle ihm gütliche Art zu überwachen. Der Herr Oberbürgermeister war sehr mit dieser Einrichtung einverstanden und schien dieselbe gar nicht als ein Mißtrauensvotum aufzufassen.

Aus den „Witterwochen der Weltpolitik“.

Ansichts des chinesischen Aufstands, der durch die systematische Mißhandlung Chinas seitens der europäischen Mächte hervorgerufen worden ist — an welcher Mißhandlung auch die deutsche Regierung durch ihren völkerrechtswidrigen Einsall in China ihr vollgerichtet und geschüttelt Maß hat — angesichts der jetzt an den „Fremden“ in China geübten Vergeltung ist es charakteristisch, mit welcher fröhlichen Würstigkeit seiner Zeit seitens der deutschen Regierung in das chinesische Abenteuer hineingestieft wurde.

Die Weisheit, die tiefe Moral und der fröhliche Wagemut des Landstuchts besetzte Herrn Bernhard von Bülow, als er im Anfang des Jahres 1898 dem Reichstag Rechenschaft geben sollte, über die Art, wie man in China zu kolonisieren beliebt hatte. Er mußte hervorheben, meinte er, „daß wir weder in Abenteuer hineindampfen, noch irgendwie den Frieden fören, noch irgendwem zu nahe treten“. Die Chinesen haben ja darüber inzwischen eine andre Ansicht bekommen.

Damals aber fuhr Herr v. Bülow in heiterem Flauberton fort: „China gegenüber haben wir unsere Forderungen in so moderierten Grenzen gehalten, daß dieselben weder der chinesischen Regierung Anlaß zu berechtigten Ausstellungen geben, noch gar die innere Kohäsion oder den Fortbestand des chinesischen Reiches gefährden konnten. Ich möchte besonders konstatieren, daß wir aufrichtig die Wohlfahrt von China wünschen. Ich bin überzeugt, daß die Erwerbung von Siamthou der Ausbreitung christlichen Glaubens und christlicher Gerechtigkeit zum Segen gereichen und daß sie förderlich sein wird für die wirtschaftliche Entwicklung und für die politische Machtstellung des Deutschen Reichs.“

Ob der Leiter unserer auswärtigen Politik jetzt nicht selber erstaunt ist über seinen damals behandelten staatsmännischen Scharfsinn!

Freilich, man kann die Männer der Reichsregierung freisprechen von einem Teil der Schuld, uns in dieses in seinen Folgen noch unabsehbare Abenteuer hineingetrieben zu haben, wenn man sich erinnert, welche Grundzüge über Moral, Völkerrecht damals aus dem Reichstag, und zwar von allen bürgerlichen Parteien heraus vorgetragen wurden. Auch die optimistische Stimmung der Regierung wurde von den bürgerlichen Parteien gern übernommen. Der nationalliberale Herr Haffje meinte, die bei den Chinesen zuerst eingetretene Mißstimmung sei schon vollständig gewichen.

„Es hat sich die sonderbare Sachlage herausgebildet, daß weite Kreise der Chinesen selbst über die Zuhaltung Deutschlands durchaus befriedigt sind.“

Und der Reichsinhaber Barth führte aus: „Für die Grundzüge des allgemeinen Völkerrechts sind die Chinesen bisher ziemlich hartnäckig gewesen. Wenn man bei ihnen etwas erreichen will, muß man notwendigerweise auch ein nicht unbeträchtliches Stück realer Macht mit in die Waagschale werfen.“ Die Wirlungen der die Anschauungen und das Recht anderer mit Füßen tretenden Politik sind ja inzwischen über die Europäer hereingebrochen.

Eine Art Gemüthung ist es für uns, daß schon damals nicht nur unsere Presse, sondern auch unsere Vertreter im Reichstage die völkerrechtswidrige Politik der Regierung gebührend gebrandmarkt haben. Vebel führte aus, daß nach den Regeln des Völkerrechts vor der gewalttätigen Befragung Siamthous bei der chinesischen Regierung hätte angefragt werden müssen, ob sie bereit sei, eine Gemüthung für die Ernennung der Missionäre zu leisten.

Vebel fuhr fort: „Ein Recht auf chinesisches Land haben wir nicht. Und wenn die Chinesen gleich jedem andern Volk der Erde, wie sie es aber nicht gethan haben, den Einsall Deutschlands mit Gewalt zurückgewiesen hätten, so wäre dies ihr gutes Recht gewesen. Man muß sich nur wundern, daß sie von diesem guten Recht keinen Gebrauch gemacht haben.“ Und an einer andern Stelle seiner Rede führte Vebel aus, daß wir vielleicht nicht immer so glimpflich vorkommen könnten, wie es damals der Fall war.

Dieser Zweifel hat sich als nur allzu berechtigt erwiesen.

Ausland. Frankreich.

Dynamitangst. Gegenüber einer Meldung von Blättern, daß im Großen Palais der Weltausstellung zwei Kisten Dynamit entdeckt worden seien, stellt die „Agence Havas“ fest, daß es sich nur um zwei Schachteln, je 400 Gramm Sprengpulver enthaltend, handelte, und daß man vermutet, daß dieselben im Laufe der Ausstellungsarbeiten gestohlen worden sind, und von den Dieben im Keller versteckt seien, um sie später zu holen.

Partei-Nachrichten.

Der internationale Arbeitertongreß wird im Salle Wagram, 36 Avenue de Wagram, tagen. Der sehr schön ausgestattete Saal hat Raum für 1500 Sitzplätze und die Seitengalerien für 1000—1200 Personen. Es wird also für Kongreßdelegierte und Zuschauer nicht an Platz fehlen, wie im Jahre 1890. Auch Nebentäume und kleinere Säle sind vorhanden, in denen die Kommissionen ihre Sitzungen halten und die nötigen Druckerarbeiten n. w. besorgt werden können.

Die Lage des Kongreßlokals ist eine sehr günstige — etwa 200 Meter vom Arc de Triomphe de l'Étoile (dem Stern-Triumphbogen) und in unmittelbarer Nähe der Ausstellung — außerdem in einem Stadtteil, welcher der Socialdemokratie eine beträchtliche Zahl Wähler und Genossen stellt.

Weitere Mitteilungen werden demnächst seitens des Pariser Komitees erfolgen.

Das Schicksal einer Versammlung. In Neurode in Schlesien sollte am 15. Juli eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Wie das Vereinsgesetz vorschreibt, wurde rechtzeitig um die Genehmigung der Versammlung ersucht. Am 8. Juli erhielt der Einberufer der Versammlung, Genosse Kühn in Langenbielau, folgendes Schreiben:

„Polizei-Verwaltung. Neurode, den 5. Juli 1900. Auf den Antrag vom 4. d. Mts. wird Ihnen hiermit die Genehmigung erteilt, am Sonntag, den 15. Juli d. J., nachmittags 4 Uhr, auf dem Garten resp. Wiesengrundstück des Grubenarbeiters August Kastner hiersebst, Sandhölzl Nr. 383, eine allgemeine Versammlung für Männer und Frauen unter freiem Himmel abzuhalten.“

Rum wurden die Vorbereitungen zur Versammlung getroffen, doch am 11. Juli erhielt Kühn folgendes Schreiben:

„Polizei-Verwaltung. Neurode, den 10. Juli 1900. Die Ihnen unterm 5. d. Mts. diesseits erteilte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf dem

Grundstück des Grubenarbeiters August Kastner wird hiermit zurüdgezogen. Ihre politische Vergangenheit als Verfechter der Grundzüge der socialdemokratischen Partei läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß das Ziel der Versammlung darauf hinausgehen soll in der hiesigen Stadt und Umgebung die socialdemokratischen Bestrebungen zu fördern und neu zu beleben. Bestrebungen, die andrerseits von der großen Mehrzahl der Bevölkerung energisch bekämpft werden.

Aus der Abhaltung der Versammlung ist daher ein Zusammenstoß der beiden Parteien und damit Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten, während dem gegenüber der Zugang zu dem staatsrechtlichen Grundstück und das letztere selbst räumlich so beengt sind, daß bei einer etwaigen Störung der öffentlichen Ordnung die Entfaltung der Kräfte der Polizeibehörde zur Wiederherstellung der Ordnung kaum möglich erscheint.

Dazu kommt die feuergefährliche Bauart des Kastnerschen Hauses sowohl wie der Nachbargebäude, so daß dieselben durch unvorsichtige Tabakrauchen leicht einer Feuersgefahr ausgesetzt werden könnten.

Majorke.“ Die Schriftstücke sind beide mit der eigenhändigen Unterschrift des Neurode Bürgermeisters Herrn Majorke versehen. Was am 5. Juli zu keinerlei Veranlassung Urtage gab, erscheint am 10. Juli im bedenklichsten Lichte. Vergeblich sucht man nach, was in einer so kurzen Zeit den Meinungswechsel bei dem Herrn Bürgermeister hervorgerufen haben könnte.

Zunächst muß zur Begründung der Zurückziehung der Genehmigung des Herrn Bürgermeister Kühns politische Vergangenheit und sein Bestreben, seine Grundstücke zu fördern und neu zu beleben, dienen. Das, wie alles Uebrige, mußte der Herr Majorke doch aber auch schon am 5. Juli wissen. Herr Majorke hat nämlich vor gar nicht langer Zeit in Volksversammlungen mit Kühn und anderen socialdemokratischen Rednern Redebühnen ausgeföhrt in seiner Eigenschaft als Angehöriger der Centralpartei. Freilich hat Herr Majorke bei diesen Redekämpfen den stürzenden gegogen.

Wie wenig Herr Majorke aber mit seiner Begründung recht hat, beweist die Thatfache, daß genau auf demselben Plage, wo die diesmalige Versammlung stattfinden sollte, bereits zu Pfingsten 1898 eine sehr stark besuchte socialdemokratische Wählerversammlung mit Kühn als Referent stattfand, wobei keinerlei Außerordnung vorkam — wie es selbstverständlich ist — und auch keinerlei Gefahr entstand.

Kandidatenwechsel im 7. hauptberuflichen Wahlkreis. Da der bisherige socialdemokratische Reichstagskandidat Genosse Biele seine Kandidatur niedergelegt hat, wurde an seiner Stelle Genosse Vebel als Kandidat aufgestellt.

Das Verfahren wegen Gotteslästerung wird doch noch gegen den Genossen Swienty vom „Vollblatt“ in Halle eröffnet werden. Die 2. Kammer des Landgerichts in Halle hatte die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt. Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft hat jedoch das Oberlandesgericht in Naumburg die Eröffnung des Verfahrens angeordnet.

Gewerkschaftliches. Berlin und Umgegend.

Die Pensionskasse der Großen Berliner.

Zehn Versammlungen von Straßenbahn-Angestellten, die von insgesamt etwa 3000 Personen besucht waren, wurden in der Nacht zum Freitag in den verschiedenen Stadtteilen hahnweise abgehalten. Die Tagesordnung der von dem Centralverband für Handels- und Transport-Angestellte einberufenen Versammlungen betraf die Ruhegehaltskaffe. Wie seitens der verschiedenen Referenten mitgeteilt wurde, haben zahlreiche Betriebs-Angestellte bisher die Beitrittserklärung zu der Kaffe nicht abgegeben, weil sie mit den einzelnen Bestimmungen der Satzungen nicht einverstanden seien. Die schon seit langer Zeit verprochen gewesene und gerade von den älteren Angestellten sehnlichst erwartete Pensionskaffe hat leider in ihren Bestimmungen nicht das gehalten, was von den Direktoren schon vor vielen Jahren ihnen zugesichert sei. Vor allen Dingen wurde der zweifelhafte § 16 besprochen, durch welchen die Pensionsfähigkeit derjenigen Beamten, die schon seit 15 Jahren und mehr im Straßenbahnbetrieb thätig seien und für die Direktion ihre Gesundheit geopfert hätten, arg eingeschränkt wäre. Auch zahlreiche andre Bestimmungen gaben Anlaß zum Protest. Ohne den Willen der Direktion seien Satzungsänderungen überhaupt nicht denkbar, da die Verwaltung durch ihre Vertreter, wenn auch nur ein einziger in den Versammlungen der Kaffe anwesend ist, stets genau so viel Stimmen habe, wie Angestellte anwesend seien. Wenn auch nur ein einziger von den letzteren die Interessen der Direktion wahrnehme, so habe diese schon bei der Abstimmung die Majorität. In sämtlichen Versammlungen wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die am 12. Juli versammelten Angestellten der Gr. Berl. Str. B. erklären, daß die Satzungen der Ruhegehaltskaffe in keiner Weise ihren Erwartungen entsprechen. Die Angestellten erwarten von der Betriebsleitung, daß diese mindestens die Satzungen in folgender Weise abändert, resp. einem dementsprechenden Beschlusse der Kassenvertreter ihre Zustimmung giebt:

1. Streichung des Absatz 2 im § 4 der Satzungen, beginnend mit „Dieser Ausspruch“ bis „ausgeschlossen“.
2. Der § 6 ist wie folgt zu ändern: Wer durch Ausspruch der Betriebsunternehmerin, wegen Trunksucht im Dienst oder eines ehrenrührigen Vergehens nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs entlassen wird, erwirbt usw.
3. § 14 Abs. 4 soll lauten: Von den so Befähigten ist es den Angestellten freigezogen, die Ruhegehaltskaffe beizutreten.
4. § 16 Abs. 2 ist wie folgt zu gestalten: Die Wartezeit verläßt sich auf je 3 Jahre Dienstzeit um 1 Jahr.
5. Bei § 19 ist zwischen dem ersten und zweiten Absatz folgender Passus einzuschalten: Die Hinterbliebenen eines noch nicht im Genusse der Pension stehenden Mitglieds erhalten ebenfalls Dreiviertel der Beiträge des Verstorbenen zurückvergütet.
6. § 45 ist zu streichen.
7. Zu streichen ist ferner der Absatz 2 des § 46 beginnend mit den Worten: „Von den Betriebsunternehmern — Stellvertreter ernannt“.
8. Im § 52 sind die Worte: „oder kommt die Wahl nicht zu stande“ zu streichen.
9. § 54 ist zu streichen.

Die Angestellten erachten die ihrerseits zu leistenden Beiträge zur Ruhegehaltskaffe als zu hoch.

Diese Beiträge nehmen 40 bis 80 Proz. der kürzlich gewährten Gehaltszulage in Anspruch und ist infolgedessen die preläre wirtschaftliche Lage der Angestellten fast die gleiche geblieben.

Sollte die Betriebsleitung wider Erwarten den in dieser Resolution bezeichneter, äußerst beschränkter Wünsche nicht entsprechen, so behalten sich die Angestellten weitere Schritte vor. Die Angestellten verpflichten sich, nach wie vor treu zu ihrer Organisation, dem Centralverband, zu halten, um mit dessen Hilfe ihre berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen und eine den Verhältnissen entsprechende Gehaltsverhöhung herbeizuföhren.

Achtung, Glasarbeiter! Auf Grund einer Lohnforderung, welche die Direktion der Straßauer Glashütte abgelehnt hat, haben sämtliche Glasmacher nebst Fliegern am 3. Juli ihre Kundgebung eingeleitet. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Sämtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Maurerstreik in Hannover. Zu der gestern bereits gedachten Meldung von dem Ausbruch des Generalstreiks der Maurer in Hannover entnehmen wir unserm hannoverschen Bruderorgan noch folgende nähere Mitteilungen. Die Arbeit wurde am 12. auf sämtlichen Bauten, mit Ausnahme eines einzigen, eingestellt. In dem Ausbruch des Streiks tragen die Unternehmer die Schuld, die die Maurer bei der Stellung der bescheidensten Forderungen stets bis auf weiteres vertröstet haben. Zu Dienstag dieser Woche war ihnen endlich definitiver Entschluß zugelegt worden, allein die Maurer warten noch bis auf diesen Augenblick auf eine Antwort. Da ein solches Verhalten der Unternehmer die Maurer zu der Auffassung drängt, daß sie einfach zum Karren gehalten werden sollten, so haben sie sich genötigt, zum Ausbruch ihres Aufstands zu nehmen. Der Streik wurde in einer am Abend des 11. Juli stattgehabten Versammlung mit 1185 gegen 80 Stimmen beschlossen.

Die Forderungen der Maurer waren: Bis zum 1. Januar 1901 47 1/2 Pf. und von da ab 50 Pf. pro Stunde bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit und Abschaffung der auf den Bauten bestehenden Mißstände. Da aber die Meister kein Entgegenkommen zeigten, ja die Maurer nicht einmal einer Antwort würdigten, wird jetzt auch für die Zeit bis zum 1. Januar ein Lohn von 50 Pf. pro Stunde gefordert.

Eine am Morgen des 12. Juli tagende Versammlung der Maurer war sehr stark besucht. Unter den Ausständigen herrscht bezüglich der getroffenen Maßnahmen vollständiges Einvernehmen. Es wird um strengste Fernhaltung des Zugangs gebeten!

Zum Essener Maurerstreik. In einer am 11. Juli tagenden außerordentlich stark besuchten Maurerverammlung hielten die Essener Maurer den Generalappell für den bevorstehenden Ausbruch ab. Der Referent der Versammlung erklärte, daß bis jetzt über 600 Mann ihre Kündigung eingereicht hätten. Die Unternehmer versuchten, durch Unterhandlungen mit Einzelnen Zwietracht in die Reihen der Kollegen zu säen, doch sei zu erwarten, daß diese Manipulationen völlig erfolglos bleiben würden. Das Vorgehen der Unternehmer sei zu durchsichtig. Man verspreche jetzt Einzelnen Lohnserhöhungen, um die Arbeiter an deren einmütigem Vorgehen zu verhindern, den Ausbruch illusorisch zu machen, um dann wieder die bewilligten Lohnserhöhungen rückgängig zu machen. In der Versammlung konnte auch die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß eine große Anzahl christlicher Kollegen sich nicht zu Arbeitswilligen entwürdigten, sondern an der Seite der übrigen Kollegen den Lohnkampf mitlämpfen werde; viele derselben hätten ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Der Lohnkampf beginnt also unter den günstigsten Umständen. Am 18. Juli wird die erste Streikversammlung stattfinden. Auch die Polizei rüffel sich bereits zum Streik. Von der Altdorfer Polizeiverwaltung ging den Unternehmern folgende hetrographierte Aufforderung zu:

Altdorf, Nhd. 10. Juli 1900.

Wie mir mitgeteilt worden ist, sollen noch nach meiner ersten Anfrage vom 5. d. M. viele Maurer und Handlanger ihre Entlassung beantragt haben, und erlaube ich Sie ergebenst, mir hierunter gefl. anzugeben zu wollen, wieviel Personen jetzt bei Ihnen gelündigt haben.

In Vertretung Görres.

Es haben bei mir gelündigt

Maurer

Handlanger

An den Bauunternehmer Herrn

Es erscheint uns einseitigen schieferhaft, weshalb die Polizei ein so lebhaftes Interesse für den Streik bekundet. Ob sie den Ausbruch einer kleinen Revolution befürchtet?

Ausland.

Ueber den Hasenarbeiterstreik in Rotterdam liegen folgende Telegramme des Wolffschen Bureaus vor: Rotterdam, 18. Juli. Die vereinigten Nieder haben 1200 ausländische Arbeiter, größtentheils Engländer und Deutsche, für die Ausladearbeit während 6 Wochen eingestellt.

Bieweit diese Nachricht den Thatfachen entspricht, vermögen wir nicht zu laffizieren. Da aber 18000 Mann streiken, würden die 1200 Arbeitswilligen, selbst wenn die Zahl richtig angegeben wäre, den Unternehmern herzlich wenig nützen.

Aus der Schweiz. In den Uhrenschalen-Fabriken in Biel welche bisher noch längere Zeit arbeiteten, wird der Festschlußentzug eingeführt. — Zum händigen Sekretär des schweizerischen Metallarbeiter-Verbands wurde Schneberger in Bern gewählt. Er tritt seine Stelle am 1. August an. — In Vern dauert die Arbeitslosigkeit fort. 130 Beschäftigungslose marschirten vorige Woche unter der Führung des Arbeitersekretärs Bischoff und des Redactors Moor zum Volkshause, von wo sie ins Stadthaus ziehen wollten. Allein der Gemeinderat hielt schon morgens 7 Uhr Sitzung, um sich mit der Sache zu beschäftigen. Er appellierte neuerdings an die Bauunternehmer, die einseitigen Arbeitskräfte mehr zu beschäftigen — jedenfalls mit dem gleichen Mißerfolg wie früher.

Aus der Frauenbewegung.

Die Lohnbewegung der Alt-Plätterinnen wurde am Freitag vor dem Einigungsamt verhandelt. Den Vorsitz führte Gewerberichter v. Schulz.

Die Einzelheiten dieser Lohnbewegung sind unsern Lesern durch die betreffenden Verhandlungsberichte bekannt. Es handelt sich im wesentlichen um folgendes: Die Inhaber der Wasch- und Plättanstalten haben im Frühjahr dieses Jahres eine Preisserhöhung beschlossen und auch durchgeführt. Um die Preissteigerung dem Publikum gegenüber zu rechtfertigen und dieselbe ohne Schwierigkeiten durchzuführen zu können, haben die Geschäftsinhaber die Arbeiterinnen ebenfalls in die Bewegung für die Preissteigerung hineingezogen. Während es bisher allgemeiner Brauch war, daß die Arbeiterinnen die Hälfte des Preises, den der Geschäftsinhaber erhält, als Lohn bekamen, haben die Inhaber der Plättanstalten, nachdem sie die Preisserhöhung durchgeführt hatten, mit dem Herkommen gebrochen. Den Plätterinnen ist zwar eine Erhöhung des früheren Accorntarifs zugestanden worden, der jedoch nicht die Hälfte der jetzigen Preise erreicht. Die Arbeiterinnen bestehen nun darauf, daß ihnen wie früher, die Hälfte des Preises als Lohn zukomme, denn, so wird diese Forderung begründet, die Ausgaben, welche die Arbeiterinnen für ihren Lebensunterhalt aufzuwenden haben, seien in demselben Maße gestiegen, wie die Ausgaben der Geschäftsinhaber, und diese seien sehr wohl in der Lage, auch in Zukunft die Hälfte ihres Preises an die Arbeiterinnen zu zahlen. Demgegenüber vertreten die Geschäftsinhaber den Standpunkt, daß mit dem Prinzip der Halbteilung des Preises gebrochen werden müsse, denn die Geschäftsinhaber seien in höherem Maße gestiegen, als die Verteuerung des Lebensunterhalts der Arbeiterinnen.

Vor dem Einigungsamt wurde eine längere Diskussion zwischen den Vertretern beider Parteien geführt. Die Forderungen der Arbeiterinnen begründeten Frau Thier, Fraulein Seeger, Herr Trieb und andre, während als Wortführer der Geschäftsinhaber die Herren Köpcke, Thierbach und andre auftraten. Von dieser Seite wurde die Erklärung abgegeben, daß die Geschäftsinhaber den alten, vor der Preisserhöhung gezahlten Tarif den Verhandlungen zu Grunde legen und höchstens einen Aufschlag von 33 1/2 Proz. auf denselben bewilligen würden. Was kümmert es die Plätterinnen, wieviel wir vom Publikum bekommen? Die Halbteilung ist eine ganz verkehrte Einrichtung. So sagten die Vertreter der Geschäftsinhaber. Dagegen wies Frau Thier darauf hin, daß die Geschäftsinhaber dem Publikum gegenüber die Preissteigerung mit der Lohnserhöhung der Plätterinnen begründet haben, und daß lediglich diese Begründung das Publikum veranlaßt habe, die Preisserhöhung als gerechtfertigt anzuerkennen.

Die Diskussion währte 2 Stunden. Dann zog sich das Einigungs-

amt zurück und nach 2 1/2 stündiger Beratung unterbreitete es den Parteien folgende Vorschläge:

Es sollen im Accord an Plätterinnen gezahlt werden, und zwar vom Montag, den 16. Juli, ab: Für Oberhemden pro Duzend 1.20 M., gestickt oder mit Falten nach Uebereinkunft. Westen pro Stück 15 Pf., Kragen pro Duzend 30 Pf., Manschetten pro Duzend 40 Pf., Chemisjets pro Duzend 40 Pf., Damen-Oberhemden mit Kragen und Manschetten pro Stück 25 Pf.

In Plätterinnen ist von demselben Zeitpunkt ab an Wochenlohn ohne Kost durchschnittlich ein Betrag von 18 M. zu zahlen.

Wäscherinnen erhalten von demselben Zeitpunkt ab durchschnittlich pro Tag 2.50 M. und Kost oder 3.50 M. ohne Kost.

Die Arbeitszeit wird festgesetzt: a) für den Sommer von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Pausen sind zu gewähren für die Zeit von 8 1/2—9 Uhr morgens, von 12—1 Uhr mittags, von 4 1/2—5 Uhr nachmittags; b) für den Winter von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Pausen sind zu gewähren für die Zeit von 9—9 1/2 Uhr morgens, von 12—1 Uhr mittags, von 4 1/2—5 Uhr nachmittags.

Sollten von einigen Arbeitgebern höhere Löhne gezahlt werden wie vereinbart, so dürfen Herabsetzungen nicht vorgenommen werden.

Zur Regelung etwaiger zukünftiger Differenzen und zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen soll innerhalb 4 Wochen eine Kommission gebildet werden. Sie soll sich zusammensetzen aus 5 Arbeitgebern bzw. Arbeitgeberinnen und 5 Arbeiterinnen. Den Vorsitz soll als Unparteiischer ein Richter des hiesigen Gewerbegerichts führen.

Maßregelungen dürfen aus Anlaß dieser Lohnbewegung von keiner Seite vorgenommen werden.

Die Vertreter der Parteien erklärten sich mit den vorsehenden Bedingungen einverstanden und unterzeichneten das Einigungsprotokoll.

Am Mittwoch, den 18. Juli, abends 9 Uhr, findet wieder eine öffentliche Versammlung der Plätterinnen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, statt, in der die Einigungsbedingungen bekannt gegeben werden.

Sociales.

Polizeiverordnung gegen Gewerbe-Ordnung. Mit Hinweis auf die vielen Unstände der letzten Zeit, hält es die Rh.-Westf. Zeitung für angebracht, die Polizei auf eine noch nicht geordnete „rechtskräftige Bezirks-Polizeiverordnung“, betreffend Streikpostenstellen, aufmerksam zu machen, auch giebt sie gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß nach obiger Verordnung die Frage des Streikpostenstehens als gelöst betrachtet werde, wenigstens im Regierungsbezirk Düsseldorf. Damit soll die Polizei veranlaßt werden, jedes Streikpostenstehen zu verhindern. Das Unternehmerorgan beruft sich dabei auf folgendes. Unter dem 26. März d. J. ist in Aresfeld eine Bezirkspolizei-Verordnung erlassen, in der auch die Bestimmung enthalten ist, daß von der Polizei erlassenen Anordnungen, die zur Sicherheit und Aufrechterhaltung auf den Straßen dienen sollen, unbedingt Folge zu leisten ist. Auf Grund dieser Verordnung bedachte die Polizei fünf früher wegen Streikpostenstehens mit Strafmandaten über je 10 M. Das Schöffengericht sowie die Strafkammer haben das Strafmandat bestätigt — weil die Verordnung zu Recht angewandt sei, nämlich um eine Belästigung und Verunruhigung der bei der Arbeit verbliebenen Leute zu verhüten. — Es kommt also nur auf die „rechte“ Anwendung von Polizeiverordnungen an, und ohne Justizausgesetz ist den Arbeitern in der Praxis das Recht, sich bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu erringen, genommen!

Die mitleidigen Fabrikanten. Kinder unter 14 Jahren sollen in Fabriken nicht länger als 6 Stunden täglich beschäftigt werden. Der Leiter einer Fabrik in Reichenbach in Schlesien beschäftigte aber dennoch ein Kind bedeutend länger als 6 Stunden täglich. Das Schöffengericht in Reichenbach verurteilte ihn deswegen zu 20 M. Geldstrafe. Aus der Urteilsbegründung teilen wir die interessante Bemerkung mit, daß die Strafe nur deshalb so niedrig bemessen wurde, weil der Straftat nicht ein selbstthätiger Jwed, sondern Mitleid zu Grunde gelegen habe. — O die guten Fabrikanten, die aus reinem Mitleid zarte Kinder für sich Mehrwert schaffen lassen!

Die auffallende Milde, mit der die Gerichte Unternehmer, die die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung übertreten, zu behandeln pflegen, trat auch in zwei aus Ludwigshafen gemeldeten Fällen zu Tage. Mit 5 M. — schreibe in Worten mit fünf Mark — wurde der Fabrikant Joh. Roth jr. bestraft, weil er trotz Aufforderung des revidierenden Polizeibeamten vom August 1899 bis zum 14. Februar l. J. die Fabrikordnung an seine Arbeiter nicht verteilt hatte. Noch billiger kam der Leimfabrikant Dr. Otto Zimmermann weg. Er wurde zur lächerlich geringfügigen Strafe von 10 M. verurteilt, weil er in der Nacht vom 20. auf 21. Januar d. J. vier Arbeiterinnen von nachts 12 bis früh 5 Uhr in seiner Fabrik beschäftigt ließ und zwar deshalb, weil die älteren männlichen Arbeiter die von den Arbeiterinnen verrichteten Arbeiten um die früheren Lohnsätze nicht mehr verrichten wollten. Da nun die Mädchen billiger arbeiten, wurden diese hierzu verwendet. Derselbe war ferner angeklagt, eine Arbeiterin unter 16 Jahren an verschiedenen Sonntagen beschäftigt zu haben, mußte aber, da im Anklagebefehl der Igl. Strafkammer eine Namensverwechslung vorgekommen ist, freigesprochen werden. Die minimalen Strafen, in die die Unternehmer wegen derartigen Übertretungen der Gewerbe-Ordnung genommen werden, sind etwas ebenso symptomatisch, wie die rigorosen Bestrafungen von Arbeitern, die sich bei Streiks geringfügige Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen.

Ueber den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Konjunktur und dem „Landfreierthum“ liefert die heftige Statistik einen beweiskräftigen Beitrag. Die Zahl der im Großherzogtum Hessen zur Bestrafung gekommenen „Landfreier“ und Bettler betrug im Jahre 1894 noch 2746; die Zahl ging stetig zurück bis 1267 im Jahre 1899.

Das ist eine Abnahme um mehr als 50 Proz. Woraus ersichtlich, daß auch die „Landfreier“ die Arbeit dem Vagieren vorziehen, sofern ihnen nur Arbeitsgelegenheit geboten ist.

Bedingte Entlassung von Gefangenen in der Schweiz. Im Kanton St. Gallen befielt seit 1886 die bedingte Entlassung besserungsfähiger Verurteilter und wie gut sie sich bewährt hat, zeigt folgende Ausführung des regierungsrätlichen Berichtes für 1899: „Seitdem das neue Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen in Kraft ist, konnte 78 Gefangen um bedingte Entlassung entprochen werden. Wegen schlechten Verhaltens mußten nur 4 Gefangene zur Rückführung des Strafrestes eingezogen werden; es entspricht dies 5.18 Proz. der Gesamtzahl der Entlassenen. Seit dem Jahre 1893 wurde kein bedingt Entlassener mehr eingezogen.“ — Das System hat sich also gut bewährt und die St. Galler Erfahrungen sprechen für Nachahmung desselben.

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz. Unsere Genossen in Luzern haben beschlossen, falls der Stadtrat nicht bis zum Oktober die Begründung der Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel erledigt, zu deren Einführung dann die Initiative zu ergreifen.

Pensionsfonds der Eisenbahndiensteten in Frankreich. Im Sinne der Konvention, welche im Jahre 1887 seitens der hiesigen Hauptbahnen Frankreichs geschlossen wurde, werden die Pensionsfonds zum Teil durch Beiträge der Direktoren der Eisenbahnen zu Gunsten ihrer Diensteten, zum Teile von den letzteren selbst durch prozentuelle Abzüge von den Gehältern und Löhnen dotiert. Der Vermögensstand dieser Pensionsfonds belief sich mit Ende 1899 auf 35 000 000 Fr. Die Einzahlungen in die einzelnen Klassen betragen pro Kopf, in Prozenten ausgedrückt:

	bei der	Verwaltung	Bediensteten	Zusammen
Ostbahn	12	3	15	15
Staatsbahn	10	5	15	15
Südbahn	5 1/2	3	11 1/2	11 1/2
Nordbahn	9	3	12	12
Westbahn	12	4	16	16
Paris—Orléans-Bahn	15	—	15	15
Paris—Lyon—Méditerranée-Bahn	10	6	16	16

Die Einzahlungsquoten variieren somit zwischen 11,5 und 16 Proz. Eine Ausnahmestellung nimmt die Eisenbahn Paris—Orléans ein, deren Verwaltung bei vollständiger Entlastung ihrer Bediensteten von jedem Abzug die ganze Beitragsquote von 15 Proz. aus eigenem bestrittet. Nach 25jähriger Dienstleistung hat der Angestellte Anspruch auf die Hälfte seines Gehalts. Darüber hinaus steigt die Höhe der Pension in Abstufungen von fünf zu fünf Jahren um je 10 Proz. des Aktivitätsgehalts. Mit erreichtem 55. Lebensjahre hat der Bedienstete das Recht, ohne weitere Motivierung seine Verlegung in den Ruhestand zu beanspruchen.

Der chinesische Krieg.

Berlin, 13. Juli. Vom Chef des Kreuzergeschwaders ist aus Taku vom 8. d. Mis. folgende Meldung eingegangen: Nach Mitteilung des russischen Befehlshabers hat Major Christ mit dem Seeoldaten-Detachement sich im Kampfe am 23. und 27. Juni durch hervorragende Leistung und entschlossenes Vorgehen ausgezeichnet. Gutes Schießen und rücksichtsloses Drangehen von Offizieren und Mannschaften haben wesentlich zum glücklichen Ausgang beider Gefechte beigetragen. Die Seeoldaten-Kompagnien werden überall gerühmt.

London, 13. Juli. (W. T. O.) Unterhaus. Unterstaatssekretär Broderick stellt auf eine Anfrage fest, daß kein allgemeines Verbot der Ausfuhr von Waffen nach China ergangen sei, es würden aber Schritte gethan, um die Bestimmung der dorthin gelieferten Munition zu überwachen. Dillon stellt die Frage, ob beachtet sei, die verbündeten Truppen unter das Kommando eines Japaners zu stellen, und wer zur Zeit Befehlshaber der verbündeten Truppen sei. Unterstaatssekretär Broderick antwortet, er sei zur Zeit nicht in der Lage, irgend welche Mitteilungen zu machen. In Beantwortung einer anderen Frage bemerkt Redner, daß gestern eine Depesche eingegangen sei, in der steht, daß die vom chinesischen Kaiser an die britische Regierung gerichtete sei, er komme aber nicht sagen, ob dieselbe mit andern, auf China Bezug habenden Papieren veröffentlicht werden würde. Die Nachrichten von der Nierenregelung sämtlicher Ausländer in Peking seien bisher noch nicht bestätigt. Der Telegraph arbeite nicht zwischen Shanghai und Tschifu und man sei somit nicht im stande, mit den Geschwaderoffizieren in Verbindung zu bleiben.

London, 13. Juli. Die „Times“ widmen dem Rundschreiben des Grafen Sillow einen längeren Leitartikel. Sie sagen daß, wenn auch das harmonische Zusammenwirken der Mächte vielleicht nicht an erste Stelle gesetzt sei, das Rundschreiben jedenfalls eine Politik formuliere, deren Endzweck einwandfrei erscheine und mit englischer und amerikanischer Auffassung übereinstimmen. Alles komme jedoch auf die Auslegung an, welche der Ausdruck „geeignete Regierung für China“ haben werde. Alle bisherigen Ereignisse und Erfahrungen, wie dies auch aus dem Rundschreiben hervorgehe, hätten bewiesen, daß das bisherige Regiment der Kaiserin und der Wandschu-Partei das Material zu einer solchen Regierung nicht biete. — Der „Standard“ spricht, ohne des näheren auf das Rundschreiben, welches er als sehr interessantes Dokument bezeichnet, einzugehen, seine Verdrüßung über die in demselben niedergelegten Anschauungen aus. Dieselben deckten sich mit den gleichzeitig erfolgten Erklärungen Mac Kintleys, des japanischen Gesandten in Washington und anscheinend auch des russischen Communiquees in der „Wiener politischen Korrespondenz“. Es sei nur zu hoffen, daß die verbündeten Mächte späterhin im Sinne dieser Präliminar-Erklärungen auch handeln werden. „Daily Chronicle“ fragt, wie der Anspruch im Rundschreiben, „eine Teilung Chinas“, sich mit einer gewissen Transaktion betreffs Kaufschiffe vertrage. „Daily Telegraph“ sagt, die lichtvollen Darlegungen des Grafen v. Sillow bewiesen, daß die Gesandten in Peking die Lage verkannt und die chinesischen Macht-haber eine betrügerische und zweideutige Rolle gespielt hätten. Deutsche und russische Politik seien anscheinend betreffs einer Teilung Chinas identisch, nur spreche sich Deutschland schlichtweg gegen jede Teilung oder Gebietserwerbung aus, während Rußland gegen ein englisches oder japanisches China sei, seine eigenen Absichten jedoch noch verhalte. — „Daily News“ bezeichnet das Rundschreiben als „in jeder Hinsicht einwandfrei und würdig“. Die deutsche Politik sinne hiernach in den Umrisßen mit der russischen überein. — „Daily Mail“ hebt als wichtiges Moment im Rundschreiben hervor, daß Deutschland weder Teilung noch Gebietserwerbung anstrebe.

London, 13. Juli. Das „Reutersche Bureau“ erzählt, die Succursale der chinesischen Seezölle in London habe eine Depesche erhalten, in welcher das Telegramm des Generalkonsuls der Vereinigten Staaten in Shanghai, Goodnow, über das Bombardement der Gesandtschaften durch den General Tung vom 7. d. bestätigt wird. In amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Depesche sehr wenig Hoffnung hinsichtlich des Loses der Europäer in Peking lasse.

Paris, 13. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Minister des Aeußern Delcassé empfing den chinesischen Gesandten, der ihm das Edikt vom 29. Juni zuschickte. Delcassé bemerkte dem chinesischen Gesandten, daß die chinesische Regierung, da sie Mittel besitze, ihren Gesandten im Auslande Mitteilungen zugehen zu lassen, auch dafür sorgen müsse, daß die Mächte ihren Vertretern in Peking Mitteilungen zukommen lassen können. Der Minister beauftragte den chinesischen Gesandten, ein erstes Telegramm an den französischen Gesandten in Peking gelangen zu lassen.

Brüssel, 13. Juli. (W. T. O.) Das Ministerium des Aeußern erhielt heute ein Telegramm aus Shanghai mit der Meldung, daß General Nieh nach Mitteilungen aus chinesischer Quelle, die Aufständischen bei Peking geschlagen habe und den Prinzen Tsching sowie Jung-sui unterjügte, welche sich demüthigen, die Europäer zu verteidigen. Vier Begleiter sind in Shanghai eingetroffen.

Washington, 13. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Shanghai telegraphirte nach einer Depesche des Gouvernements von Shanghai hätten Veger und Soldaten die Gesandtschaften vor dem Schlußangriff am 7. Juli bombardiert; der Gouverneur sei in größter Verlegenheit wegen der Gesandten und der befreundeten Chinesen in Peking. Der Generalkonsul fügt hinzu, man besichtige allgemein das Schicksal. — Der amerikanische Konsul in Canton meldet, Li-Hung-Tschang habe Passage auf dem chinesischen Dampfer „Kunming“ genommen, der Tag der Abreise nach dem Norden sei aber noch unbestimmt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 13. Juli. (W. T. O.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Peking: Auf das Rundschreiben um Vermittlung im Sibirienkrieg, welches das Wiener internationale Friedensbureau am jüngsten im Haag vertretenen Staaten richtete, hat Dr. Leyds, der Vertreter Transvaals, dem Friedensbureau geschrieben: Möchte endlich dieses ungleiche Duell aufhören und zwischen den kriegführenden Parteien durch ein offenes und lozales Dazwischentreten eines unparteiischen Vermittlers ein auf gerechte und billige Bedingungen gegründeter Friede zu stande kommen.

Lemberg, 13. Juli. (W. T. O.) Die Bitterung hat sich hier gebessert. Das Hochwasser ist gegenwärtig im Sinken begriffen. In den Orten Jiry und Worslaw beträgt der Schaden viele Millionen. Der Bahnverkehr ist immer noch gestört.

Zur Praxis der Unfallversicherung

äußern sich die beiden Münchener Arbeitersekretäre Rühlbauer und Timm im „Korrespondenzblatt“. Sie haben in ihrer Tätigkeit als Arbeitersekretäre die Erfahrung gemacht, daß die Wahrnehmung der Rechte der Unfallverletzten bei dem komplizierten Apparat der Unfallversicherung den größten Aufwand an Arbeitskraft heischt. Es genüge aber nicht, wenn dem Unfallverletzten Berufsamt und Refuratschriften angefertigt werden; es habe sich vielmehr als absolut notwendig erwiesen, in bestimmten Fällen die Verletzten vor dem Berufsamt- und Refuratsinstanzen zu vertreten.

Es heißt dann wörtlich weiter: „Sehr oft ist es notwendig, im Laufe einer Verhandlung neue Anträge zu stellen oder auch Stellung zu nehmen zu den von Genossenschaftsvertretern gestellten Anträgen. Wichtig ist es auch, sich vor der Verhandlung über die Aktenlage eingehend zu informieren. Bei der großen Anzahl der Fälle, die gewöhnlich an einem Sitzungstage erledigt werden, sind die Verleger über den einzelnen Fall nur sehr unvollkommen informiert. Der Referent trägt die ihm am wichtigsten erscheinenden Thatsachen in gedrängter Kürze vor. Ist der Parteivertreter nun gleichfalls informiert, so wird er manches Fehlende, für die Verteilung des Falles aber durchaus Wichtige, ergänzen können. Er wird die Verleger dadurch wesentlich unterstützen. So ist durch unser Eingreifen bei den Verhandlungen schon manche Sache anders geworden, als wie es sonst der Fall gewesen wäre.“

Unsere Vertretung hatte vielfach auch den Erfolg, daß manche, nicht ganz zulässige Protokolle eingestellt wurden. So hatte sich vor dem Schiedsgerichte vielfach der prozessual unzulässige Versuch eingebürgert, daß die Vertrauensärzte der Berufs-Genossenschaften als Sachverständige vernommen wurden. Sechs Berufs-Genossenschaften bringen ihren Vertrauensärzten regelmäßig mit in die Sitzungen des Schiedsgerichts. Wo immer wir die Verletzten vertreten haben, erhoben wir auf Grund § 406 C.-P.-O. Protest gegen die einseitige Zulassung solcher Sachverständigen, wegen Verstoßes der Befangenheit; fast immer wurde dann auch davon Abstand genommen.

Der Wert der Rechtsvertretung der Verletzten ergibt sich auch zahlenmäßig aus der Tätigkeit des Münchener Arbeitersekretariats für das Geschäftsjahr 1899. Von den vor dem Schiedsgerichte vertretenen Fällen wurden 63 Proz. zu Gunsten der Verletzten entschieden und von den vor dem Landes-Ver sicherungsamt persönlich vertretenen Refurats hatten 70 Proz. für die Verletzten Erfolg. Demgegenüber steht die auffällige Thatsache, daß von den zum Reichs-Ver sicherungsamt eingeleiteten Refurats nur 18 Proz. Erfolg hatten, obwohl bei Einlegung derselben ebenso verfahren wurde wie bei den anderen Instanzen. Von vornherein aussichtslose Refurats wurden nicht eingeleitet. Der große Unterschied wird darauf zurückzuführen sein, daß die Rechtshilfen aus unsrer Gegend wegen der weiten Entfernung fast niemals vor dem Reichs-Ver sicherungsamt erscheinen können und daß auch eine zweckmäßige Vertretung fehlt.

Daß es notwendig erscheint, hierin Wandel zu schaffen, ergibt sich auch daraus, daß diese Frage im Berliner Arbeitervertreter-Berein erörtert wurde, wie wir aus einem Bericht in Nr. 104 des „Vorwärts“ entnehmen.

Die geäußerten Bedenken und unterlaufenen Irrtümer einiger Refurats erfordern im Interesse der Sache eine nähere Besprechung. Es wurde unter anderem das Bedenken erhoben, daß der Vertreter der Verletzten zur mündlichen Verhandlung vor dem Reichs-Ver sicherungsamt nicht zugelassen werde, weil die Behörde ihn als einen geschäftsmäßigen Vertreter ansehen werde. Sollte dies geschehen, was vorerst billig bezweifelt werden muß, so wäre es eine ganz patetische Maßnahme, die durch nichts begründet erscheint.

In § 12 Abs. II der Verordnung, betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Ver sicherungsamts, ist bestimmt: „Das Reichs-Ver sicherungsamt kann Vertreter, welche, ohne Rechtsanwältin zu sein, die Vertretung geschäftsmäßig betreiben zurückweisen.“ In der Anmerkung 4 zu diesem Absatz, enthalten in dem von Mitgliedern des Reichs-Ver sicherungsamts herausgegebenen Handbuch, wird gesagt: „Die Zurückweisung beschränkt sich aber auf den Einzelfall.“

Die gleiche Bestimmung wie in § 12 Abs. II der Verordnung über das Verfahren vor dem Reichs-Ver sicherungsamt ist enthalten in § 9 Abs. II der Verordnung über das Verfahren vor den auf Grund des Unfall-Ver sicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten. Und die im Handbuch enthaltene Anmerkung 7 zu dieser Bestimmung sagt hinzu: „Aus Absatz II kann die Zurückweisung zu einer allgemeinen Anschließung von Rechtskonsulenten ohne Berücksichtigung des einzelnen Falles nicht hergeleitet werden. Unter besonderen Umständen kann eine solche Vertretung und demzufolge auch die Pflicht zur Erstattung der dadurch erwachsenden Kosten gerechtfertigt sein. Die Anschließung eines Rechtskonsulenten ist jedenfalls gerechtfertigt, wenn diesem selbst die Prozessfähigkeit mangelt.“

Nach § 52 der C.-P.-O. ist eine Person insoweit prozessfähig, als sie sich durch Verträge verpflichten kann. Grundsätzlich ist es also durchaus zulässig, daß außer Rechtsanwältin auch andere Vertreter, selbst dann, wenn sie die Vertretung geschäftsmäßig betreiben, zugelassen werden. Nachdem ohne Widerspruch erst jüngst in der Kommission zur Beratung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz anerkannt wurde, daß Arbeitersekretäre, die mit der Praxis der Unfallversicherung als auch mit den Verhältnissen der Verletzten vertraut sind, als die geeigneten Vertreter erscheinen, müßte schon ein großes Maß von Parteipolitik vorausgesetzt werden, wenn man annehmen wollte, daß das Reichs-Ver sicherungsamt solche Vertreter zurückweist.

Die Instanzen, vor denen wir Unfallverletzte vertreten, haben denn auch diesen Versuch niemals unternommen. Bei Beginn der Tätigkeit des Münchener Arbeitersekretariats wurde allerdings die Frage der geschäftsmäßigen Vertretung vor dem bayrischen Landes-Ver sicherungsamt von dem Präsidenten desselben angeregt. Nach entsprechender Klarstellung über die Aufgaben und Organisation des Arbeitersekretariats wurde gegen unsre Vertretung nicht nur nichts eingewandt, sondern wir mußten hervorheben, daß diese Tätigkeit sowohl vom Landes-Ver sicherungsamt als auch von den Schiedsgerichten anerkannt gewürdigt wird. Als Beweis hierfür sei beispielsweise erwähnt, daß vor dem Schiedsgericht der Vorsitzende, ein Regierungsrat, darum ersuchte, wir möchten uns eines Verletzten annehmen, der bei einer nicht entscheidungspflichtigen Berufsgenossenschaft seine Ansprüche geltend gemacht hatte.

Es kommt ferner noch in Betracht, daß nur wenige Rechtsanwältin sich bereit finden, Unfallverletzte zu vertreten. Die Gebührenordnung für Rechtsanwältin findet auf die Vertretung der Parteien im Schiedsgericht und im Refuratsverfahren nach dem Unfallversicherungsgesetz keine Anwendung. Selbst im Fall des Obstrengens können nur minimale Beträge in Ansatz gebracht werden, und aus eigenen Mitteln einen Rechtsanwältin zu honorieren, dazu ist der Verletzte meistens nicht im Stande. Die Berufs-Genossenschaften freilich können sich das leisten; sie halten sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen vor dem Reichs-Ver sicherungsamt die gewichtigsten Anwälte, deren Protokolle den Verletzten gegenüber schon oft im „Vorwärts“ eine treffende Beleuchtung gefunden haben.

Die Andienung der Rechte auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist ebenso wichtig als die Unterstützung der Fabrikinspektion durch die organisierte Arbeiterschaft und überhaupt jede andre soziale Willkürbeseitigung.

Von den organisierten Arbeitern Berlins sollte die besprochene Angelegenheit in Angriff genommen werden und zwar so, daß eine autoritative Instanz — Arbeitersekretariat — geschaffen würde. Die Tätigkeit eines der Sekretäre müßte ausschließlich darin bestehen, die Unfallverletzten vor dem Reichs-Ver sicherungsamt zu vertreten. Natürlich nicht jeden Fall. Es muß dem Vertreter

vollständig freie Hand gelassen werden, selbst zu entscheiden und von vornherein aussichtslose Fälle abzulehnen. Durch eine fachkundige Vertretung wird sowohl der Verletzte als auch das Reichs-Ver sicherungsamt eine wesentliche Unterstützung finden. Der Vertreter wird nach vorausgehender Aktenübersicht ebenso genau informiert sein wie der Referent und manche Vilen zu Gunsten seines Mandanten ansprechen können.

Die Vermittlungsorgane für zu vertretende Fälle wären die bestehenden Arbeitersekretariate. Diese hätten die Sachen, in welchen eine Vertretung notwendig erscheint, dem Berliner Vertreter zu übermitteln und demselben die notwendigen Informationen zu verschaffen.

Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Orte, welche die Berliner Vertretung in Anspruch nehmen, entsprechend zu den Unkosten beizutragen hätten. Unsrer Arbeitersekretariate sind meistens so fundiert, daß die finanzielle Frage keine Schwierigkeiten machen dürfte. Und die Berliner Arbeiterschaft, die bei allen wirtschaftlichen Kämpfen große materielle Opfer gebracht hat, wird sich sicherlich nicht sträuben, einen Teil der Mittel aufzubringen, die zur Wahrnehmung der Rechte armer Unfallverletzter notwendig sind.

Uns erscheint die aufgeworfene Frage so wichtig, daß wir sie hiermit zur Diskussion stellen und die Gewerkschaftsvertreter und Arbeiter-Sekretariate ersuchen möchten, dazu Stellung zu nehmen.“

Berliner Partei-Urgelegenheiten.

An die Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises. Die alljährlich, so liegen auch in diesem Jahr die Wählerlisten zur Kommunalwahl in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli täglich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Tr., Zimmer 57, zur Einsicht der Bürger öffentlich aus. Bei der zunehmenden Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahl ist es Pflicht unserer Parteigenossen, sich zu überzeugen, ob ihr Name in die Listen eingetragen ist. Wer jetzt nicht eingetragen ist, kann bei einer in diesem Jahre etwa stattfindenden Neuwahl seine Stimme nicht abgeben, steht infolge dessen den Maßnahmen der Gegner recht- und schuldig gegenüber. Daß es aber notwendig ist, Leute in das Stadtverordneten-Kollegium zu entsenden, welche die Rechte der Arbeiter energisch vertreten, haben die Vorkommnisse der letzten Zeit wieder so recht deutlich bewiesen. Arbeiter, denkt an das Verhalten der städtischen Behörden der Straßenbahn-Gesellschaft gegenüber, denkt aber auch daran, wie bei der Kohlennot der Coalöverkauf der städtischen Gaswerke „ge-regelt“ wurde.

Den Wählern des 44. Kommunal-Wahlbezirks müchten wir nun besonders ans Herz legen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, da durch die eingereichte Klage einiger Antisemiten gegen die Gültigkeit des Mandats unsres Genossen Bloche möglicherweise eine Neuwahl in diesem Bezirk stattfindet. Unmöglich ist eben nichts. Auf alle Fälle muß also jeder Wähler auf dem Posten sein. Wer jetzt nicht seine Pflicht erfüllt, hat mit Schuld daran, wenn sich bei einer eventuell stattfindenden Neuwahl die Gegner vergrößert die Hände reiben, weil so und so viele Arbeiter nicht eingetragen sind und deshalb ihre Stimme nicht in die Waagschale werfen können.

Da nun die Zeit der Auslegung der Listen für die Arbeiter besonders schlecht gewählt ist, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, für andre Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen und bitten wir durch die nötige Legitimation zu überweisen, welche gewissenhaft zurückgestellt wird:

Schönhäuser Vorstadt: Kamlow, Schönhäuser Allee 135; Augustin, Schönhäuser Allee 73; A. Schulz, Pappel-Allee 108; Nieb, Donzigerstraße 68; Mahnlof, Dunderstraße 13; Marx, Kaphanien-Allee 5/66, Partei-Expedition; Dierke (J. F. F. Diehle), Schwedterstraße 38; Schmidt, Rehrbestmeyerstr. 9; Gobien, Prenzlauer-Allee 232; E. Schmidt, Tredeowstr. 22; Pinner, Tredeowstr. 30; Siebert, Bärthelstr. 15.

Rosenhale Vorstadt und Gesundbrunnen: O. Bachgänger, Swinemünderstr. 34; Kofin, Puppinerstr. 42. Ede Schönholzerstraße; Hoppe, Ackerstr. 21; G. Herrmann, Rübnerstraße 45; Abendroth, Badstr. 42/43; W. Gahmann, Partei-Expedition, Grünhaldenstr. 65; Geißler, Veteranenstr. 4; F. Diehle, Brunnensstraße 85.

Wedding und Oranienburger Vorstadt: Seidel, Neue Poststr. 39; S. Schulz, Schwarzloppstr. 15; Siebel, Vohsenstraße 40; Dohoth, Sellerstr. 2; J. Krause, Müllerstr. 7a; S. Krause, Müllerstr. 159a; Aug. Doye, Müllerstr. 32a; F. Glentzer, Schulstr. 29; S. Tauschel, Wiesenstr. 29; F. Bergmann, Baisewallerstraße 3; Müller, Gerichtsstr. 62; E. Joseph, Tiedstr. 34; F. Böffel, Poststr. 25; E. Diede, Ackerstr. 123; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Bräuner, Gartenstr. 63.

Wobbit: J. Döning, Deusselstr. 79; A. Jabra, Waldstr. 57; Fischer, Deusselstr. 9; O. Fischer, Deusselstr. 66; Gresse, Deusselstraße 17; Grün, Deusselstr. 44a; A. Plath, Sidingenstr. 43; Mai, Kofinstr. 18; Marx, Puppinerstr. 10; Renfer, Turmstr. 69; Schreiber, Güttenstr. 9; Streit, Kirchstr. 22; Wendi, Sidingenstr. 4; Wachtstein, Salzwedelerstr. 10; Haber, Stephanstr. 11; Anders, Partei-Expedition, Salzwedelerstr. 8.

Von den Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises wird am Sonntag, den 15. Juli, im Schloß Weihensee ein Sommerfest abgehalten, auf welches wir die Arbeiterschaft heute schon aufmerksam machen. Die früheren Veranstaltungen des Kreises geben Gewähr dafür, daß auch das nächste Fest die Parteigenossen und Genossinnen vollaus befriedigen wird.

Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß der 6. Wahlkreis am Sonntag, den 22. Juli, sein Sommerfest im Schloß Weihensee feiert. Bei der Reichhaltigkeit des Programms und dem niedrigen Entree von 20 Pf. ist wohl auf eine rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen zu hoffen, zumal für Bequemlichkeit und Amüsement, wie ja von den vorhergehenden Sommerfesten des 6. Kreises bekannt sein dürfte, alles gerhan ist. (Siehe Annonce.)

Der Agitationsverein für Stralsund-Franzburg-Rügen veranstaltet am Sonnabend, Schönhäuser Allee 135 einen Familienabend.

Lokales.

Arbeit schändet. Auch in diesem Jahre finden auf den Seen der Umgebung Berlins große Segelregatten und Rudervereinskämpfe statt. In Sportkreisen nennt man diese alljährlich gegen Ende des Sommers stattfindenden Wettkämpfe die „Berliner Woche“. Kürzlich sind nun die Ausschreibungen hierfür erfolgt, die für eine zu bildende „Sonderklasse“ die folgende Bestimmung enthalten:

„Die Benennung der Nachten, welche an den Wettfahrten der Sonderklasse teilnehmen, darf nur aus höchstens drei Herren bestehen, welche Amateure sowie Mitglieder eines anerkannten europäischen Nachtklub sein müssen, ihren Lebensunterhalt nicht durch ihrer Hände Arbeit verdienen und dem Lande angehören, in welchem die Fahrt erhdut ist.“

Die in dieser „Sonderklasse“ segelnden Herren thun sich gewiß viel auf ihre Bornehmtheit zu gute, weil sie sich nicht durch ihrer Hände Arbeit ernähren. Aber von Sportleuten sollte man wirklich am wenigsten solche Bornehmtheit erwarten, die in der körperlichen Arbeit etwas Schändendes sieht. Leidet doch die ganze moderne Sportbewegung gerade daraus ihre Berechtigung her, daß sie eine Reaktion bilde gegen Stubenhuckerei und ausschließlich geistige Betätigung. Will doch gerade der Sport die Würde sein, die zur

Ausbildung und größeren Wertschätzung gefunder körperlicher Tüchtigkeit hinfüberleitet. Und democh schändet die körperliche Arbeit in den Augen von Sportleuten!

Es wäre unsres Trachtens besser, auch solche Sportbesessene in der Sonderklasse mitzugeben zu lassen, die sich „durch ihrer Hände Arbeit“ ernähren, zumal es ja nicht von allen übrigen Sportgenossen feststeht, ob sie in der Lage sind, sich durch „ihres Kopfes Arbeit“ den Lebensunterhalt zu erwerben.

Balangen-Zeitungen. Im Inseratenteil der verschiedensten Zeitungen, besonders aber in der Provinzpresse, sieht man seit neuerer Zeit wieder in verstärktem Maße auf Annoncen, in denen unter dem obigen, solide klingenden Namen Reklame für diese „Zeitungen“ gemacht wird. Unentbehrlich für jeden stellungsuchenden Kaufmann, Techniker, Landwirt und Privatbeamten“, „Wöchentlich viele hundert Stellen“, so sind die Anzeigen gewöhnlich überfrieben. Eine solche „Balangen-Zeitung“, die wöchentlich zwei- bis dreimal erscheint, kostet monatlich 1,50 bis 2 M., auch wohl 3 M. pro Exemplar und wird dem Abonnement durch Kreuzband zugesandt. So mancher Stellungsuchende, vielleicht schon viele Wochen oder Monate erwerblos, der diese Annoncen liest, wird dadurch bestimmt, auf eine solche „Balangen-Zeitung“ zu abonnieren. Mit neuen Hoffnungen erfüllt, schickt er ans seiner zusammengeschmolzenen Borschaft den erforderlichen Betrag ein.

Jetzt ist er Abonent der „wöchentlich viele hundert Stellen“ bringenden „Balangen-Zeitung“, nun kann es nicht mehr lange dauern, er muß jetzt eine Stellung bekommen — so bildet sich der Stellungsuchende wenigstens ein. In Wirklichkeit ist er aber nur seine paar Mark los, denn durch die „Balangen-Zeitung“ eine Stellung zu bekommen, ist so gut wie ausgeschlossen. Um beweisen zu können, daß diese letztere Behauptung richtig ist, braucht man sich nur einmal klar zu werden, wie eine solche „Zeitung“ vom „Verleger“ hergestell wird. Der Macher einer derartigen „Zeitung“ hält mehrere größere Presseorgane und Fachblätter, in denen gewöhnlich viele Stellenangebote stehen. Er beschafft mehrere jugendliche Schreiber, denen die Aufgabe obliegt, diese Stellenangebote heranzuziehen und zu registrieren. Die Notizen werden, je nach der Branche und der Art der Stellung, rubriziert, und diese Aufstellungen werden dann auf mechanische Weise vervielfältigt — alsdann ist die große „Balangen-Zeitung“ fertig. Meistenteils hat so ein „Verleger“ mehrere „Abteilungen“, in der einen wird die „Balangen-Zeitung“ für Kaufleute“, in der andern die für Techniker, Zeichner, Landwirte usw. hergestell.

Wenn die „Balangen-Zeitung“ dem Abonenten zugeht, sind gewöhnlich schon 4—5 Tage, auch wohl eine Woche verfloßen; man kann also sicher annehmen, daß dann die betreffende Stellung nicht mehr offen ist. Aber in den meisten Fällen ist es von vornherein zwecklos, sich um eine Stellung zu bemühen, die in der „Balangen-Zeitung“ abgeschrieben ist. Denn, mag der Fabrikant oder Kaufmann in seiner Annonce noch so genau angegeben haben, welche Anforderungen er an den Bewerber stellt, welches Alter er haben soll u. s. w., in der „Balangen-Zeitung“ kommt davon nichts zum Ausdruck. Eine Annonce, die vielleicht in der Presse 12—15 Zeilen lang ist, wird mit 6—8 Worten abgethan. Mehr wie eine Zeile wird grundsätzlich nicht verwendet. Daß sich unter diesen Umständen der Stellungsuchende keine Aussicht bilden kann, ob er zu der ausgeschriebenen Stellung qualifiziert ist und dergleichen, versteht sich von selbst. Die Verfasser solcher Redaktionen, die oft viele Tausende Abonenten für ihren Humbug einfangen, machen glänzende Geschäfte. Die Hauptposten bilden die Inserationsgebühren und die Porto, die anderen Kosten, wie Schreiblohn, Abonnementgelder für Zeitungen und Papier kommen im Verhältnis zu den Einnahmen, die das Geschäft einbringt, kaum in Betracht.

Der Stellungsuchende glaubt natürlich, daß er auf eine Zeitung abonniert hätte, die wirkliche Annoncen bringt, gar bald merkt er, daß er dupiert worden ist, aber sein Geld bekommt er deshalb doch nicht wieder. Die Unweisheit dieser Geschäftsleute geht so weit, daß sie am Schluß des Abonnements ein Circular besorgen, in welchem aufgefordert wird, das Blatt von neuem zu bestellen. Man kann den Stellungsuchenden nur dringend raten, von Bestellungen auf solche „Balangen-Zeitungen“ abzusehen.

Wilde Agitation. Wenn Arbeiter im Kampf für Verbesserung ihrer Lage hier und da mal ein etwas kräftiges Wort gebrauchen, um den auf ihnen lastenden Druck des Kapitalismus zu kennzeichnen, dann lächelt die unternehmerfreundliche Presse und das gesamte honette Bürgertum über den wüsten Ton, den die Heber und Wähler anschlagen. Daß auch die Unternehmer, trotz ihrer angeblich höheren Bildung, in der Agitation gegen die Verleumdungen der Arbeiter keinen feinen Ton anzulagen, beweist folgendes Schreiben: Vereinigung Berliner Damenmäntel- und Kostüm-Detail-Geschäfte.

Sehr geehrter Herr! Es ist unbedingt nötig, daß Sie dem oben bezeichneten Verein schleunigst beitreten, da die Agitation der Arbeiter gegen uns in einer Weise betrieben wird, die dringende Selbsthilfe not macht. Falls wir nicht wie ein Mann geschlossen zusammenhalten, werden wir bald nicht mehr die Herren im eigenen Hause sein, da neue Mitteltate nicht nur auf unsern Geldbeutel, sondern auch auf unsre Autorität geplant werden. Sie werden hiermit zu der am Freitag, den 6. Juli 1900, stattfindenden Vereinsversammlung eingeladen.

J. W.: Felix Oppenheimer, Vorkingender, Jägerstraße 54.

Das muß man sagen: Was den Ton des vorstehenden Schreibens anbetrifft, so leistet sich Herr Oppenheimer in Uebertreibung ein gut Stück. In Wahrheit sind diese Vereinsagitation und die hier bekundeten Verleumdungen ein Versuch, die schon so erbärmliche Lage der Arbeiterinnen dieses Berufs noch weiter herabzudrücken. Die Autorität dieser Herren ist ein Mißbrauch ihrer Macht gegen eine elend begabte Kategorie der Arbeiterinnen, und wenn es den Arbeiterinnen gelänge, diese Autorität zu brechen, dann gebührte ihnen die Hochachtung aller human denkenden Menschen.

Mit dem Abbruch der alten Häuser Nostr. 12a und 12, welcher gestern begonnen worden ist, verschwindet auch der an der Großstraße gelegene Teil der Rittergasse, da die freigelegten Grundstücke bekanntlich zum größten Teil zur Verbreiterung der Straße benutzt werden. Das nur wenige Häuser zählende enge Gäßlein, dessen direkte Fortsetzung auf der Ostseite der Nostrgasse den Namen „Schornsteinfegergasse“ hat, bildet mit dieser zusammen noch ein recht charakteristisches Stück des alten Berlin, das nun endlich auch einen etwas modernen Anstrich erhalten soll. Die Rittergasse hieß früher einmal „Petersons-Gasse“ nach einem Peter Jilge, der hier ein Haus besessen haben soll. Mit dem Aufange des 17. Jahrhunderts hat die Gasse den heutigen Namen, wozu ein 1620 erlassenes Aufgebot der Rittersperde vermutlich die Veranlassung gab. Die Schornsteinfegergasse hatte ehemals die Bezeichnung „Kafemals-Gäßlein“ oder „Kafemal“. Ältere Berliner werden sich daran erinnern, daß es früher hier in mehreren Verkaufsläden die beste Stiefelwerkstatt von ganz Berlin gab und daß aus allen Stadtteilen Leute herbeizögen, um ihren Bedarf an diesem nützlichen Material in der Schornsteinfegergasse zu decken.

Eine wichtige Verfügung für solche Militärmannschaften, die auf Reklamation ihrer unterstufenbedürftigen Angehörigen vorgeitig aus dem aktiven Militärdienst in die Heimat entlassen worden sind, wird jetzt seitens der Landratsämter zur Kenntnis der Beteiligten gebracht. Da manche von diesen entlassenen Soldaten ihrer Unterstützungspflicht in der Heimat nicht nachgekommen sind, ohne daß ihre Wiedererziehung in die Wege geleitet worden ist, so werden den Ortsbehörden die einschlägigen Bestimmungen des Reichs-Militärstrafgesetzes in Erinnerung gebracht, wonach ein Verä-

Tüchtigter, der sich der Erfüllung des Zwecks entzieht, welcher seine Befreiung vom Militärdienst herbeiführt hat, vor Ablauf des Jahres, in welchem er das 25. Lebensjahr vollendet, nachträglich ausgehoben werden kann und daher zu gewärtigen hat, sofort wieder eingestellt zu werden. Die Ortsbehörden sind zugleich angewiesen worden, sobald derartige Fälle zu ihrer Kenntnis kommen, diese sofort zur Anzeige zu bringen.

Treppenhäuser-Diebe machen gegenwärtig den Korden und das Centrum unsicher. Die festsamen Diebe haben es auf die Messingstäbe abgesehen, welche in vielen Häusern teils zum Schutz der Treppentritten, teils zum Befestigen der Treppenkäufer angebracht sind. Die Diebe arbeiten mit außerordentlicher Frechheit und üben ihr Handwerk größtenteils am hellen, lichten Tage aus. Sie sind zweifellos identisch mit jenen Thürklinken- und Gasarmen-Mardern, welche schon vor einigen Jahren zum Schaden der Hauseigentümer thätig waren. Obwohl die Fortschaffung der ziemlich langen Messingstangen kaum unbemerkt und unbedachtet erfolgen kann, ist es bisher noch nicht gelungen, der Diebe oder des Gehlers habhaft zu werden.

Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern, Freitagmorgen um 1 Uhr, der 69 Jahre alte Kaufmann Johann Prash aus der Bergstr. 2, vor dem Hause Landsbergerstraße 79. Der alte Mann hatte dort in einem Geschäft zu thun gehabt; als er heraustrat und den Fahrweg überschreiten wollte, rief ihn der schnell fahrende Wagen an und schleifte ihn mehrere Schritte weit. Der Verunglückte trug einen Wund der linken Kniekehle und starke Hautabschürfe davon. Er wurde nach der Unfallstation X in der Alten Schützenstraße und von dort mit einem Lufschiff Rettungswagen nach dem Jüdischen Krankenhaus gebracht.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 31 Jahre alten Zimmermanns Ferdinand Wagner, der am Dienstagabend beim Bau der elektrischen Hochbahn verunglückte. Beim Abrufen der Holzbrücke am Pöhlischen Ufer schlug ihm ein von einem Tau befestigter Ballen gegen den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß er bald darauf im Krankenhaus am Leben starb. Die Leiche soll gerichtsärztlich geöffnet werden, da der Unfall vielleicht noch ein Strafverfahren nach sich zieht.

Baumfall. Auf dem Bau des Maurermeisters Hans Behrend in der Hegerstraße ereignete sich gestern ein Unfall, der auf die Verwendung schlechten Kistenmaterials zurückzuführen ist. Als gegen 2 Uhr nachmittags eine Kolonne Steinträger Steine auf den Bau trug, brach in der einen Leiter eine morsiche Sprosse. Ein Arbeiter fiel zwischen die Sprossen und hat sich ansehnlich erhebliche Verletzungen zugezogen. Es hätte größeres Unheil angeht werden können, wenn der Steinträger nicht zufällig der letzte der Kolonne gewesen wäre, so daß die herabfallenden Steine niemand treffen konnten.

Von einem Omnibus überfahren und sehr schwer verletzt wurde am Donnerstagmorgen um 2 Uhr auf dem Alexanderplatz ein unbekannter Mann von etwa 35 Jahren. In der Trunkenheit lief er zwischen die Pferde eines Wagens der Linie Oranienplatz-Steintiner Bahnhof und wurde immeramt. Ein Pferd trat ihm auf den Kopf und die Nadel streifte ihm am Körper. Auf der Unfallstation in der Alten Schützenstraße stellte man eine schwere Gehirnerschütterung, eine Wunde an der Stirn, die von einem Duftritt herührt, und eine klaffende Wunde am Hinterkopf fest, die der Verunglückte sich durch den Fall zugezogen hatte. Der Mann wurde bewußlos in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Aus Furcht vor Strafe erschoss sich vorgestern nachmittags die 27 Jahre alte Köchin Franziska Schütte aus Linden bei Volkensbüttel, die seit Weihnachten bei dem Vicenanti an D. Richter in der Derfflingerstr. 8 in Stellung war. Der Dienstherr nahm in der letzten Zeit wahr, daß ihm fast alle Briefe geöffnet wurden. Die Köchin leitete den Verdacht auf den Diener, der neben ihr in dem Haushalt noch beschäftigt war, es stellte sich aber heraus, daß sie selbst die Briefe öffnete und den Diener beschuldigte, um den Verdacht von sich abzulenkten. Sie wurde am Mittwoch entlassen und sah ihrer Bestrafung entgegen. Am Nachmittag in der dritten Stunde stand die Wohnung leer; der Inhaber war schon morgens weggegangen, und der Diener hatte zum Mittagessen eine Wirtin aufgesucht. Da kam kurz vor 3 Uhr die Köchin noch einmal zurück. Die Pförtnerin Niesel, der sie sagte, daß sie etwas vergessen habe, ließ sie durch die Hintertür in die im Erdgeschoß gelegene Wohnung ein und hörte unmittelbar darauf einen Schuß fallen. Entsetzt eilte die Frau hinein und sah, daß die Köchin sich auf dem Fuß eine Kugel in die rechte Wange geschossen hatte. Bevor sie daran gehindert werden konnte, setzte die Lebensmilde den Revolver zum zweitenmal an, diesmal an die rechte Schläfe, und tötete sich vor den Augen der Pförtnerin. Die zweite Kugel traf besser als die erste, der Tod trat fast auf der Stelle ein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Durch einen Unfall vom Tode gerettet wurde gestern morgen um 9 1/2 Uhr ein hübsches junges Mädchen an der Museumbrücke. Ein Wochmeister der Strompolizei, der dort vorüber kam, sah, daß ein Mädchen sich durch das Ufergitter zwangte und in den Kanal hinabgleiten ließ. Er sprang hinzu, sah sie nach der Kleidung der Lebensmilde und zog sie aus dem Wasser wieder heraus. Die Gerettete, der das volle blonde Haar aufgelöst um den Kopf hing, schrie laut, daß sie sterben wolle, und ließ sich nur schwer beruhigen und von dem Wochmeister in ein Krankenhaus bringen. Ihren Namen wollte sie nicht nennen, wir ermittelten aber, daß sie eine 24 Jahre alte Marie Niesel ist, die seit 1 1/2 Jahren bei dem Weibwarenhandeler Reumann in der Landbergerstraße 66/67 in Stellung war. Ein tragisches Geschehnis hat das Mädchen, dem der Dienstherr ein geradezu glänzendes Zeugnis ausstellt, zu dem Selbstmordversuch veranlaßt. Als es vor kurzem im St. Hedwigs-Krankenhaus lag, erlief es von seiner Schwester aus der Heimat eine schreckliche Trauerkunde. Der Vater, ein Eisenbahnbeamter in Magdeburg, war bei einem Unglück ums Leben gekommen, und die Mutter war vor Särd darüber gestorben. Dieser doppelte Schicksalsschlag traf die Kranke so schwer, daß sie wie Niesung umherging. Aus diesem Zustand ist ihre That erklärlich.

Feuerbericht. Freitagmorgen brannte Alte Schönhauserstraße 8 ein Posten Kohlen und Fruchtsir. 4 ein Ferkelkollagen. Alexanderstr. 6 gingen Pappmaterialien und Glühbirnenstr. 85 Cardinen und Fensterläden in Flammen auf. Donnerstagabend wurden Brunnenstr. 119 in einer Jahrhandlung Gummiröhren vom Feuer beschädigt.

Straßensperrung. Die Friedenstraße von der Prenzlauer Allee bis zur Greifswalderstraße wird wegen Umpflasterung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarkorten.

Charlottenburg. Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt in der Zeit vom 15.—30. Juli, an Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntags von 8—12 Uhr im Statistischen Amt, Bernauerstraße 77 I öffentlich aus. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste beim Magistrat Einsendungen erheben, und es ist im Interesse der Vollständigkeit und Richtigkeit der Liste erwünscht, daß von dem Recht der Einsichtnahme während dieser Zeit möglichst viel Gebrauch gemacht wird, da spätere Einsprüche unberücksichtigt bleiben müssen. Die erste Abteilung der Wähler schließt ab mit einem Steuerbetrage von 3191,76 M., die zweite Abteilung beginnt mit einem Steuerbetrage von 3184,91 M. und endigt mit 788,30 M. und dem Buchstaben M, während die dritte Abteilung mit 788,30 M. und dem Buchstaben St. anfängt.

Wir fordern unsere Parteigenossen auf, sich davon zu überzeugen, ob sie in die Liste eingetragen sind und nötigenfalls für nachträgliche Einzeichnung Sorge zu tragen, damit, wenn im Laufe des

Jahres eine Ersatzwahl notwendig werden sollte, jeder Genosse in der Lage ist, von seinem Stimmrecht Gebrauch machen zu können.

In Tegel darf von der Einführung des elektrischen Betriebes auf der Stralendorfer- und Steude Berlin-Tegel nicht nur eine Zunahme des Sonntagsverkehrs, sondern auch eine Steigerung des Zugangs nach Berlin erwartet werden. Der Ort hat schon in den letzten Jahren einen sehr lebhaften Zugang und infolge dessen einen ungewöhnlich starken Bevölkerungszuwachs gehabt. Bei der Volkszählung vom 2. Dezember 1896 hatte Tegel erst 2740 Einwohner. Die Personenstands-Aufnahmen vom November 1896, 1897, 1898, 1899 ergaben jedann eine Einwohnerzahl von 3065, 3387, 4597, 6200 Personen. Die Einwohnerzahl stieg also von 1896 zu 1897 um 10 1/2 Proz., von 1897 zu 1898 aber um rund 36 Proz. und von 1898 zu 1899 um rund 35 Proz. Von 1896 zu 1899, also in einem Zeitraum von nur drei Jahren, hat sich die Einwohnerzahl reichlich verdoppelt. Tegel verdankt diesen raschen Aufschwung dem Umstande, daß hier in den letzten Jahren eine Strafstation für Berlin und mehrere große Fabriken errichtet worden sind.

Aus Nixdorf. Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, während der Schulferien die Schulhöfe als Spielplätze für die Jugend zur Verfügung zu stellen. — Dem Beschluß der Gewerbe-Deputation, den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht in Nixdorf einzuführen, wenn die Regierung die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, schloß sich der Magistrat an, desgleichen dem vor einigen Tagen mitgeteilten Gutachten der Gewerbe-Deputation über die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Brin. Großes Herzleid hat die Familie des Milchhändlers Dietrich hierseits betroffen. Der achtjährige Sohn Richard ging mit andern Knaben in dem vor dem Dorke gelegenen Klempnerbad. Als er sich mitten im Wasser befand, versank er plötzlich und kam nicht mehr zum Vorschein. Die erschrockenen Kameraden holten sofort erwachsene Personen herbei, welchen es auch gelang, den Kleinen aus dem Wasser zu holen, doch war das Leben bereits entschunden und alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Gerichts-Beilage.

Wegen Vergehens gegen die Steuergesetze war der 75 jährige Rentner Werner angeklagt worden. Man warf ihm vor, er habe wissentlich falsche Angaben über seine Vermögens- und Einkommensverhältnisse gemacht, wodurch der Staat in der Steuereinnahme verkirzt worden sei. Das Landgericht stellte folgendes fest: Die seit 1898 bestehende Ehe zwischen Werner und seiner 78 jährigen Frau hat sich in den letzten Jahren sehr unglücklich gestaltet. Die Frau hatte sogar gegen den damals 73 jährigen Mann die Ehecheidungsklage angedreht, ohne indessen damit Erfolg zu haben. Dem alten Herrn vorgezwungene Ehebruch wurde für nicht erwiesen erachtet. Ein persönlicher und geselliger Verkehr besteht nicht mehr zwischen den beiden, sie leben getrennt. Als der Frau eine Erbschaft angeblüht wurde, erfuhr der Angeklagte davon; die Frau und ihre Verwandten unterrichteten ihn jedoch gesichtslos nicht über den Fortgang der Erbregulierung und darüber, daß auf sie 32 400 M. entfielen. Infolgedessen zeigte W. nicht den Eintritt der Vermögensvermehrung seiner Frau an und erwähnte auch nichts in der Steuererklärung, die Einkommensverhältnisse betreffend. — Mit Rücksicht auf die festgestellten Thatfachen sprach das Landgericht den Angeklagten frei. Die hiergegen von der Steuerdirektion eingelegte Revision wurde vom Strafsenat des Kammergerichts mit folgender Begründung verworfen: Es siehe fest, daß der Angeklagte, bei Abgabe der Steuererklärung und der Vermögensanzeige habe annehmen können und angenommen habe, daß zur fraglichen Zeit eine Vermehrung des Vermögens der Frau durch Erbgang noch nicht eingetreten gewesen sei. Habe er aber angenommen, die Vermögensvermehrung werde erst mit der Verteilung der Erbmasse perfert, die ihm nach den gerichtlichen Feststellungen ja nicht bekannt geworden sei, dann liege seinerseits ein civilrechtlicher Irrtum vor. Man könne deshalb nicht sagen, daß er wissentlich falsche Angaben gemacht habe. Seine Freisprechung sei somit gerechtfertigt.

Ausfluß der Öffentlichkeit. Vom Landgericht Magdeburg ist am 5. April der Redacteur der „Vollstimm“, unser Parteigenosse Wilhelm Haupt, wegen Religionsvergehens nach § 168 zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Straftat wurde erblit in der Veröffentlichung eines Dehmischen Gedichts „Die Wagg“. — Die Revision des Angeklagten kam am Mittwoch vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Weltend gemacht waren materielle und prozessuale Mängel, der Senat beschränkte sich aber auf die Verhandlung über eine prozessuale Beschwerde. In der Hauptverhandlung hatte der Staatsanwalt beantragt, wegen zu befürchtender Gefährdung der Öffentlichkeit auszuschießen. Das Gericht hatte sich laut Protokoll sofort zur Beratung und Beschlußfassung zurückgezogen und der Vorsitzende hatte dann den Beschluß, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde, verkündet. Die Revision rügte nur, daß über den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, nicht verhandelt, d. h., daß dem Staatsanwalt und dem Angeklagten nicht Gelegenheit gegeben worden sei, sich über den Antrag zu äußern. Da hierdurch das Gesetz verletzt ist, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Gegen den Schriftsteller Joachim Gehlen aus Charlottenburg wird in der Strafsache wegen Beleidigung des Charlottenburger Magistrats und des Magistratssekretärs Rühlow am 27. d. M. eine neue Verhandlung stattfinden, da das Reichsgericht das frühere freisprechende Erkenntnis des Landgerichts II aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht I verwiesen hat. Gehlen wird von den Rechtsanwältin Dr. Wetzpauer und Löwenstein verteidigt, während dem als Nebenkläger auftretenden Charlottenburger Magistrat die Anwälte Justizrat Mandel und Leonh. Friedmann zur Seite stehen werden.

Die Wütker Arawalle vor dem Schwurgericht. Stolp i. P., 11. Juli. Bei der Zeugenvernehmung belundet Stadtwaachmeister Nielle: Am 30. Mai war Markt in Wütker. Gegen 10 Uhr kam der jüdische Schächter Gottschalk Scheidemann mit einer Zeitung, dem „kleinen Journal“, oder den „Danziger Neuesten Nachrichten“, auf den Markt und las laut vor, daß bei dem christlichen Schlächtermeister Hoffmann in Ronitz ein Arm des ermordeten Wütker gefunden sei, und daß man Hoffmann und seine Tochter als Mörder verhaftet habe. Die christliche Bevölkerung von Wütker, die schon immer jeden Vorgang in Ronitz mit Spannung verfolgte, wurde dadurch sehr erregt, und einige Bürger traten sich zusammen und telegraphierten nach Ronitz um nähere Auskunft. Es kam auch eine Antwort, die Redacteur Köhl vom „Wütker Anzeiger“ als Plakat drucken und in der Stadt ausgeben ließ. Der Präsident verliest die bei den Alten befindliche Depesche und das Plakat, welches besagt: „Extrablatt des „Wütker Anzeigers“. Zur Verhütung unierer Bürgerchaft. Nebenall war heute in der Stadt das Gerücht verbreitet, man habe in Ronitz den Mörder ermittelt und beim Schlächtermeister Hoffmann im Stall einen Arm von Wütker gefunden. Wir ließen sofort den Telegraphen spielen und erhielten toeben folgendes Telegramm: Redacteur Hugo Köhl, „Wütker Anzeiger“, Kaufmann nicht wahr! Hoffmann, Tochter, Lehrer Weigel und Schneidermeister Bloth nach mehrstündigen Verhör wieder entlassen. Infolge der Beschuldigung bis 12 Uhr nachts Revolte gegen die Juden! Der Zeuge belundet weiter: Als ich die Plakate an den Ecken sah und die wachsende Erregung der Bürger bemerkte, sagte ich dem Bürgermeister, daß es am Abend jedenfalls zu Varnsencen kommen würde und daß Sendarmen requiriert werden müßten. — Präsi.: Hatten Sie denn irgendwo gehört, daß man Varn zu machen beabsichtigte? — Zeuge: Ja, es hatten verschiedene Leute das Plakat so aufgefaßt, als ob die Ankündigung eine amtliche wäre und daß Revolte gemacht werden sollte.

Präsi.: Wie? man hat ernsthaft angenommen, daß von seiten der Behörde zu Unruhen aufgefördert würde? — Zeuge: Ja, denn u. a. sagte mir ein Geschäftsführer, es hätte doch in der Bekanntmachung geheißen, die Revolte sollte bis 12 Uhr nachts dauern und nun sei sie schon um 11 Uhr verboten worden. Präsi.: Ist das Thatsache? Sollten die Leute wirklich der Annahme gewesen sein, daß die Behörde den Arawall befohlen hatte? — Mehrere Geschworene: Das ist richtig. Wir haben auch davon gehört, daß man das geglaubt hat. — Zeuge Nielle: Ich kann auch nicht anders sagen, als daß die Leute das thatsächlich angenommen haben. — Präsi.: Das wäre ja eine ganz unglückliche Raubetat. Das ist ja gar nicht möglich. — Zeuge: Es war aber so. Ich kenne doch auch die Angeklagten von Jugend auf und weiß, daß sie sonst ganz ruhige und besonnene Leute sind. Aber an dem Abend waren sie wie besessen und schrien: „Hepp! Hepp!“ und „Juden raus!“ Es war, als wenn plötzlich etwas Fremdes in die Leute gefahren wäre. Ich konnte manche von ihnen seit den 18 Jahren, die ich in Wütker bin und sagte zu ihnen deshalb: „Aber, ich mache doch keine Dummdinge, geht bloß nach Hause, das ist hier nichts für Euch, da kann was Schlimmes nachkommen.“ Sie gingen denn auch gleich, aber blieben bald wieder stehen und schrien ganz wild: „Juden raus! Juden raus!“ Das kam mir dann bedenklich vor, und ich schickte einen Beamten in die jüdischen Geschäfte mit der Bitte, sofort zu schließen. Man ist auch der Bitte nachgekommen, nur der Kaufmann Morlus hatte wohl das Schaufensterrollen heruntergelassen, aber die Thür nicht zugemacht, die Menge, die schon weitergehen wollte, blieb deshalb bei Morlus stehen und schrie: Was, der Jude hat nicht zugemacht? Darauf wurde das Geschäft mit Steinen bombardiert. Man hat mich, beiseite zu gehen, da man sonst nicht zielen könnte und mich treffen würde. (Heiterkeit.) Ich habe das Volk dann noch wiederholt ermahnt, nach Hause zu gehen, aber man bekam kein Gehör mehr, da viele Betrunkene in der Menge waren. Vor allem war der Angeklagte Sälte furchtbar angetrunken. — Präsi.: Also folglos waren die Leute, soweit Sie mit ihnen zu thun belamen? — Zeuge: Durchaus. — Präsi.: Wo wurden denn überall die Fenster zertrümmert? — Zeuge: Bei Wolfram, Abrahamsohn, Markus, Hirschberg, Caspari, Lewin. — Präsi.: Also wohl bei allen Juden? — Zeuge: Das war kaum die Hälfte. — Präsi.: Wie groß war der Schaden? — Zeuge: Es sind 178 M. bezahlt worden. — Präsi.: Wurde bloß nach Fenstern oder auch nach Personen geworfen? — Zeuge: Nur nach Fenstern. — Präsi.: Der jüdischen Geschäfte? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Wo Ausschreitungen gegen die Obrigkeit, die bewaffnete Macht, gegen die Polizei sind nicht vorgekommen? — Zeuge: Niemals. — Präsi.: Was nach Ihrer Ansicht das Benehmen der jüdischen Einwohner die Ursache des Tumults? — Zeuge: Ja. Ich meine, es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn Gottschalk Scheidemann mit seiner Zeitung zu Hause geblieben wäre und nicht so aufreizende Reden geführt hätte. — Die Angeklagten geben auf Befragen sämtlich zu, das Plakat nicht für eine amtliche Bekanntmachung gehalten zu haben.

Gefangenonfieber Taeder, Gärtner Kaufmann, Schornsteinfegermeister Fabricius und Tischlermeister Haste bekunden übereinstimmend, daß der Varn erst angefangen habe, als aus dem Wolframischen Hause Steine und eine Flasche geworfen wurden. Es erzieht sich, daß aus dem Wolframischen Hause niemand geworfen haben kann, dagegen wohnen in Nebenhaus die jüdischen Angehörten des Konfektionsgeschäfts von Abrahamsohn, das sich im Hinterhof des Wolframischen Hauses befindet und das an jenem Abend geschlossen war, so daß die jungen Leute auf ihren Zimmern waren. Die Näherin nach und Wädellehrling Renard bekunden außerdem, daß die jüdische Putzmacherin Reumann beim Plazessessen die Keuherung that: Die Wagg schmeckt diesmal besonders schön. Da ist das Blut von Wütker drin. Die Keuherung der jüdischen Händlerfrau Reilus hat nach den Zeugnisaussagen dahin gelaute: Wir Juden brauchen kein Christenblut, das gebrauchen die katholischen Poloden zum Weiswasser!

Die weitere Beneidenaufnahme wiederholte zum Teil die vorausgegangene Darstellung.

Den Geschworenen wurden insgesamt 41 Fragen vorgelegt. Hierauf nahm Erster Staatsanwalt Braumann das Wort: Meine Herren Geschworenen! Die heutige Verhandlung unterscheidet sich nicht unwesentlich von der gestern und vorgestern hier verhandelten Sache. Zunächst ist die Sache an sich einfacher. Es handelt sich nicht um Aufruhr, sondern die Ihnen vorgelegten Fragen betreffen nur Landfriedensbruch, d. h. den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie mit vereinten Kräften Gewaltthatigkeiten gegen Sachen begangen haben, kurz gesagt, daß sie eine Anzahl Fenstererbsen eingeworfen haben. Aber auch aus andren Gründen erscheint die Sache in einem wesentlich andren Licht als die gefürchte. Gestern wußte man nicht recht, was eigentlich die Menge zum Aufruhr und Widerstand veranlaßte, während man heute wohl sagen kann, die Beweggründe liegen klar vor uns. Der Ronitzer Nord bildete gewissermaßen den Hintergrund der heutigen Sache. Es sind da innerhalb der Wütker Bürgerchaft verschiedene Redungen über diesen Nord vorhanden und es sind aus diesem Anlaß Keuherungen von seiten der israelitischen Einwohnerchaft gefallen, durch welche die christliche Einwohnerchaft der Stadt sich wohl beleidigt fühlen konnte und auch beleidigt gefühlt hat. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß auch von seiten der christlichen Bevölkerung die Juden beleidigende Keuherungen gefallen sind, doch das gehört nicht hierher. Es kam hinzu die Meldung der „Danziger Neuesten Nachrichten“, durch welche die Juden in der Ronitzer Angelegenheit Oberwasser belamen. Sie stolzierten deshalb, wie wir vom Zeugen Köhl gehört haben, mit zufriedenen Gesichtern umher und reizten dadurch die christliche Bevölkerung immer mehr. Es kam noch die unglückselige Depesche hinzu, welche die Freude der Juden zu nichte machte, und zum Schluß entstand die irrige Auffassung, daß die Behörde selbst eine Revolte wünsche. Das alles bewirkte, daß die Menge nach Hepp! Hepp! und Juden raus! rufen gegen die jüdische Einwohnerchaft vorging.

Bei Abmessung der Strafe muß man die gereizte Stimmung der Bevölkerung berücksichtigen, durch welche der Tumult schließlich zum Ausbruch kam, andererseits muß aber auch in Rücksicht gezogen werden, daß es sich um einen ersten Arawall handelte. Man mag über die Juden denken wie man will, aber wenn es auch jüdische Bürger sind, so hat man doch ihr Eigentum zu achten, und wenn dieses Eigentum beschädigt wird, so muß die Schärfe des Gesetzes zur Anwendung gebracht werden.

Nach ca. einstündiger Beratung bejahten die Geschworenen die ihnen bezüglich dreier Angeklagten vorgelegten Schuldfragen, verneinten jedoch sämtliche Schuldfragen in Bezug auf die übrigen 12 Angeklagten. Auch verneinten sie bei dem 16 jährigen Lingstädt die Ueberlegung.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Henke wegen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, Rapp wegen Sachbeschädigung zu 14 Tagen Gefängnis und sprach sämtliche übrigen Angeklagten frei. In der Begründung wurde als strafmildernder Umstand für die beiden Verurteilten die statthabte Reizung und das offene Geständnis angeführt.

Verfassungen.

Eine zweite Volksversammlung im 6. Wahlkreise für die Schönhauser Vorstadt, die am Mittwoch in Vierles Lokal in der Schönhauser Allee stattfand, beschäftigte sich ebenfalls mit der Tagesordnung: „Die städtische Verwaltung und die Arbeiterinteressen.“ Die vortrefflich der Gedanke der Genossen des 6. Wahlkreises war, gerade dieses interessante und für die Arbeiterchaft überaus wichtige Thema in einer für derartige Versammlungen ansehnlich ungeeigneten Jahreszeit zum Gegenstand der Tagesordnung zu machen, hatte nicht nur der starke Besuch der ersten, sondern der ungeheure Andrang zu dieser Versammlung bewiesen, wenn man

die Lage des Lokals in einer nur schwach bevölkerten Gegend, hart an der Grenze von Pankow, in Betracht zieht. Die Ueberfüllung des Saals veranlaßte Hunderte, im Garten aufstellung zu nehmen, um an den geöffneteren Fenstern dem Vortrag zu lauschen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß die Frauen und Mädchen in beiden Versammlungen reichlich die „bessere Hälfte“ der Besucher ausmachten, jedenfalls ein erfreuliches Zeichen für das wachsende Interesse der Frauen an den allgemeinen Tagesfragen. Der Referent, Stadtverordneter dieses Bezirks, Reichstags-Abgeordneter Genosse Wurm, verstand es auch in vorzefflicher Weise, für diese schon einmal behandelte Thematik bei den Zuhörern erneutes Interesse zu erregen. In der Stadtverwaltung keine „Politik“ im staatlichen Sinne zu treiben, bedeutete eben nur soviel, daß alle Vertreter im Stadtparlament, ohne Unterschied von Arm und Reich oder irgend einer Partei, die Pflicht hätten, nur für das Allgemeinwohl zu sorgen! Obwohl aber der „Freisinn“ zwar für das Reichthum das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordert, sei er für die Gemeindeverwaltung einverstanden mit der „göttlichen Bestimmung“, wonach das Gehalt der Besten gegenüber den 90 Proz. der Besitzlosen alle Herrschaftsrechte auch fernhin allein ausüben sollte. Redner bespricht im weiteren die Coals-Verwertung und weist hierbei noch darauf hin, daß die Coals-Verwertung fast nur im Haushalt oder kleineren Betrieben, nicht aber in größeren Fabrikanlagen wegen deren Feuerungsanlagen anwendbar sei. Deshalb habe auch die Berliner Bevölkerung mit Recht zu verlangen, daß dieses Brennmaterial wieder billiger werde. Einen ähnlichen Nachzug hatten bekanntlich die Hausbesitzer infolge der vermehrten Wohnungsnot gegen die Bevölkerung unternommen, was jedenfalls zum Nachdenken über die allgemeine Wohnungsfrage anregen dürfte. In der Wohnungsfrage, wie bei Einführung eigener städtischer Betriebe, wie Fleischverkauf, Bäckereien etc., wie solche in vielen Städten Englands längst bestanden, könne der „soziale Gedanke“ unter allen Bevölkerungs-schichten immer weitere Verbreitung finden. Der Nutzen würde sich aber auch für die Arbeiter in solchen Betrieben mit vorteilhafteren Einrichtungen und geringerer Arbeitszeit und in wohlthuernder Weise geltend machen. Man brauche z. B. nur einen Vergleich anzustellen zwischen den Bäckerei-Arbeitern der Privatbetriebe im Gegensatz zu denen der sozialistischen Konsumvereine, wo bei achtstündiger Arbeitszeit sowie Anwendung der besten maschinellen Einrichtungen eine größere Sauberkeit herrscht. Was das in neuerer Zeit vom Staat erlangte Monopol der Straßenbahn anbelangt, so sei es dem Oberbürgermeister Richter hoch anzurechnen, daß er das Selbstbestimmungsrecht der Stadt nachdrücklich zu wahren versuche und erkläre, daß die Stadt unversichtlich die Errichtung eigener Verkehrslinien anstreben müsse. Zahlreiche andere Einrichtungen hätten ebenfalls ihrer Erfüllung im Interesse der Gesamtheit. Redner schließt seine Rede, mit Humor gewürzten, vielfach von Beifall unterbrochenen Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß auch die Frauen ein reges Interesse an den städtischen Angelegenheiten bezeugen könnten. Obwohl erst im nächsten Jahre die Neuwahlen für das „Rote Haus“ stattfinden, sei es notwendig, die Agitation frühzeitig zu entfalten und gleichzeitig Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, um zunächst mindestens die dritte Abteilung für die Sozialdemokratie zu erobern; das Berliner Rathaus müsse nicht nur außen, sondern auch innen „rot“ sein! (Langanhaltender Beifall.)

Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung mit einem stimmungsvollen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Die Bedeutung der Konsumvereine für das arbeitende Volk lautete das Thema, über welches Genosse v. Elm in einer vom sozialdemokratischen Vertrauensmann einberufenen Volksversammlung in der Gambrius-Brauerei in Charlottenburg referierte. In zündender Rede wies Elm darauf hin, wie neben den materiellen Vorteilen, die aus der Organisation des Konsums erwachsen, durch blühende Konsumvereine auch der Anstoß zur Eigenproduktion der Arbeiter gegeben werde und wie dadurch die Arbeiter zu einem immer stärkeren wirtschaftlichen Selbstfaktor würden. Weil die Konsumvereine den Unterhalt des Mittelstandes beschleunigen, suchen die Regierungen sie zu unterdrücken; um so mehr haben die Arbeiter ein Interesse daran, sie zu stärken.

In der Diskussion erhob sich von keiner Seite Widerspruch gegen die Bestrebungen der Konsumvereine an sich; nur wurde von einer Seite bemerkt, daß die Gründung sogenannter freier Vereine empfehlenswerter sei, als die von eingetragenen Genossenschaften mit beschränkter Haftung. Demgegenüber wurden die Vorteile der eingetragenen Genossenschaft hervorgehoben, indem aber mit großem Nachdruck betont, daß vor allen Dingen ein einheitliches Vorgehen notwendig sei. Da in Charlottenburg bereits seit acht Jahren ein Konsumverein bestünde, so empfehle es sich, denselben durch Eintritt zu unterstützen, nicht aber die Konsumvereine-Bewegung durch Zerstückelung der Kräfte zu schwächen. Dem Vorsitzenden des Charlottenburger Vereins gehörten von bekannteren Charlottenburger Parteigenossen Dr. Borchardt, Peische, Scharnberg, Sehm bereits an. Eine kräftige Unterstützung des Vereins seitens der Arbeiter würde diesen selbst in jeder Beziehung zu großem Nutzen gereichen.

Einmütig wurde von der Versammlung, die von 300 bis 250 Personen besucht war, eine Resolution angenommen, welche der Charlottenburger Arbeiterchaft den Anschluß an den dort bestehenden Konsumverein dringend empfiehlt. Die Ausnahme kann an folgenden Stellen vollzogen werden:

Wilmersdorferstraße 27, Geschäftslokal des Konsumvereins, Dr. Borchardt, Goethestr. 8, Gartenhaus pt. Gimpel, Csanadrukerstraße 4 (Restaurant), Ledder, Bismarckstr. 74 (Restaurant), Polcke, Potsdamerstr. 44 (Restaurant), Scharnberg, Seidenmeisterstr. 1, 1 Et., (Zeitungs-Spedition), Sellin, Wilmersdorferstr. 115/116 (Cigarren-Geschäft).

Eine öffentliche Versammlung der Stodarbeiter, die am Donnerstag in Stecherts Saal tagte, beschäftigte sich mit der Sperre der Firma König u. Aufrecht. Die Sperre besteht seit dem 19. Mai, ihre Ursache ist folgende: Bei der genannten Firma sollte ein Werkführer eingestellt werden, der sich bei einem früheren Streit ein Verhalten zu Schulden kommen ließ, welches von den Beteiligten als ein Verrat an den Arbeiterinteressen bezeichnet wird. Die bei der Firma beschäftigten Arbeiter lehnten es ab, mit diesem Mann zusammenzuarbeiten, und legten, als er seine Werkführerstelle antrat, die Arbeit nieder. Die Werkstatt, die jetzt mit unorganisierten, minderwertigen Arbeitskräften besetzt ist, ist seitdem gesperrt. In der Versammlung waren die Meinungen darüber geteilt, ob es einen Zweck habe, wenn die Sperre fortbestehen bleibt. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Sperre über die Firma König u. Aufrecht weiter bestehen zu lassen. — Die Verarbeitung der von den Stodarbeitern veranstalteten Verfassungskonferenz wurde den Kollegen zum Übertragen. Die vom Kassierer des Kreisvereins vortragene Abrechnung für die Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni weist eine Einnahme auf von 1416,80 M. und eine Ausgabe von 1000 M. darunter 600 M. für den Holzarbeiterstreik, 388 M. für Matrasperrungen, 60 M. für die Sperre über König u. Aufrecht. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

In einer öffentlichen Versammlung der Rifenmacher gab der Vertrauensmann Splinter die Abrechnung vom letzten Quartal. Sodann wurde die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsamt vorgenommen und hiermit der Kollege Bolter betraut. Zur Gewerbegerichts-Wahl wurde ebenfalls Bolter als Kandidat zum Gewerbegericht aufgestellt.

Der Verband deutscher Buchbindermeister und unser Tarif. Ueber dieses Thema referierte Emil Kloth aus Leipzig am 10. Juli in einer Versammlung aller in Buchbinderarbeiten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im großen Saal des Gewerkschaftshauses etwa 1000 Personen, darunter viele Arbeiterinnen, zusammengeführt hatte. Er führte aus, es wäre jetzt Zeit, sich mit der Tariffrage zu beschäftigen, obwohl die Prinzipalität noch keine klare Stellung genommen habe. Der Verband der Buchbindermeister hätte allen Grund, den bisherigen Tarif in den vielen noch mangelhaften Städten zur Durchföhrung zu bringen. Statt dessen glaube er, sich nur mit der „Vegehrlichkeit der Arbeiter“ beschäftigen zu müssen. Redner legte dann die Pflichtigkeit von

Tarifverträgen dar und meinte, daß die Buchbinder diesen friedlichen Weg gern einem Kampfe vorziehen. Bei den Prinzipalen scheint aber wenig Neigung dafür vorhanden zu sein, denn die Einrichtung des neuen Accordtarifs sei kaum beachtet worden. Wenn die Einigungsversuche fehlschlügen, dann müsse man andre Mittel und Wege suchen. Ein richtiges Programm lasse sich indessen heute noch nicht aufstellen. Die Arbeitgeber, besonders in Leipzig, beschwerten sich bei allen Unterhandlungen über die Konturanz in den Provinzialstädten. Dieser Einwand sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber gerade hier könnte der Arbeitgeberverband helfend eingreifen, nach der Art, wie im Buchdruckgewerbe vorgegangen wurde. — Die „Vegehrlichkeit“ werde am besten gekennzeichnet durch die seit 1897 in Leipzig und Berlin geltenden Minimalhöhe. 38 Pf. Stundenlohn, wie in Leipzig, und 21 M. Wochenlohn, wie in Berlin, legten wahrhaftig eher Zeugnis von einer zu großen Zufriedenheit, als von einer Vegehrlichkeit ab. Die Hauptsache sei vorerst, festzuhalten an der Organisation und dieser immer neue Mitglieder zuzuföhren; dann werde im geeigneten Moment den aufstrebenden Forderungen der nötige Nachdruck nicht fehlen. Redner schloß mit einem Hoch auf die Organisation und auf den zukünftigen, den verbesserten Tarif, das bei der Versammlung stürmischen Wiederhall fand. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt, daß die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchbindergewerbe eine unbedingte Notwendigkeit ist. Der Verband hat demgemäß seine volle Tätigkeit dahin zu richten, daß diese Verhältnisse entsprechend den gesteigerten Preisen für alle Lebensbedürfnisse neu geregelt werden. Es ist Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, dem Verbande jederzeit neue Mitglieder zuzuföhren, sowie auch in den Werkstätten allen Durchbrechungen des Tarifs mannhaft entgegenzutreten und den führenden Vertrauensmännern bei allen Maßnahmen im Interesse des Verbandes wirksam zur Seite zu stehen. Die Versammlung drückt ferner ihr Erloßnen darüber aus, daß die Prinzipale sowohl in Berlin als auch in Leipzig auf die Einrichtung des neuen Tarifs entweder gar keine oder eine ausweichende Antwort gegeben haben. Die Versammelten sind jedoch der Meinung, daß hierdurch die Bestrebungen auf Einführung eines verbesserten Tarifs nicht beeinträchtigt werden.

Ueber Mißstände in Berliner Buchbindereien referierte J. Krause: Seien auch seit 1896 manche Verbesserungen eingetreten, so gebe es doch noch in Berliner Buchbindereien vielerlei sanitäre Mißstände. Infolge Einstellung von Maschinen werde der eigentliche Arbeitsraum immer enger, die Staubentwicklung immer größer und trotzdem werde in manchen Werkstätten tagelang nicht ausgefegt. Andererseits werde das Ausfegen meist während der Arbeitszeit vorgenommen, vielfach ohne Rücksicht auf die Arbeiter. Wenn man bedenke, daß 88 Proz. aller Todesfälle unter den Buchbindern auf Schwinducht zurückzuführen seien, so erhebe die dringende Notwendigkeit, daß jeder Einzelne und die Allgemeinheit auf Abhilfe drängen müsse. — Die neunstündige Arbeitszeit werde verschleierlich überschritten: um 1/2 Stunde bei Wägenstein, bei Jacobi, bei Schein und Sohn, um eine Viertelstunde bei Glöner. In der Werkstätte von Weimann, wo meist Arbeiterinnen tätig sind, müsse 10 Stunden gearbeitet werden. Bei Adler werde von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends, mit einer zweistündigen Pause, gearbeitet, also 12 Stunden, und der Stundenlohn betrage nur 30 Pf. Bei der Neuen photographischen Gesellschaft, wo oft bis 5 Kollegen in den verhältnismäßig kleinen Dunkelkammern arbeiten müßten, mangle es an der notwendigen Ventilation. Die Lehrsingszucht sei auch noch nicht angeordnet. Bei Lindner u. Sohn ständen neben 7 Kollegen 8 Lehrlinge und Kreise habe gar außer nur einem Gehilfen 6 Lehrlinge. (Große Heiterkeit und lebhaftes Unwillensbezeugungen.) Einzig in seiner Art sei Herr Werner, bei dem die „Böde“ hergestellt werde. Auf Vorstellungen der Kollegen bewillige er stets alles, am andern Tage sei es bisher aber immer wieder beim alten geblieben. Er nehme viel Lehrling nach. Diese arbeiteten unter der Leitung von älteren Arbeiterinnen gleich in der ersten Woche in Accord und hätten, wie festgestellt, von dem so erzielten Verdienst 1,50 M. abgeben müssen, wovon 1 M. die Kollegen, welche sie anlernen, und 50 Pf. Herr Werner erhalten hätten. — Verschiedene andere Redner verabschiedigten sich durch Schilberungen und ermahnten gleich ihm zum Festhalten an der Organisation und zur Unterstützung aller von dieser ausgehenden Reformversuche. Es wurde dann noch auf den Widerstandsbund aufmerksam gemacht und um eine weitgehende Berücksichtigung desselben ersucht. Listen zirkulierten in jeder Werkstatt. Mit einem Hoch auf die Bewegung trennte man sich.

Die Zwangsinnung der Tischler beschäftigte sich unter andrem in ihrer letzten Quartalsversammlung am 11. d. M. auch mit den Herbergsverhältnissen für zureichende Gesellen. Der Gesellenauschuh empfahl die Herberge im Gewerkschaftshaus. Ein Teil der Meister hatte dieselbe befristigt und konnte sich nur lobend über die Einrichtung aussprechen. Aber das Prinzip! Was nützt die Reinlichkeit und Regelmäßigkeit: die Hauptsache sei, erklärten die Herren, „Zucht und Ordnung“. Diese sei in der Herberge zur Heimat (Draußenstr.) zu finden, aber nicht in der „Streißmiede“ (Gewerkschaftshaus). Als ein Vertreter des Gesellenauschuhes auf die intolerante Behandlung in der christlichen Herberge hinwies, antwortete ein Innungs-Meisterlein sehr geschmacklos wie folgt: „In der Gewerkschaftshaus-Herberge wird noch viel intoleranter vorgegangen und wir werden bald erleben, daß dort wer nicht pariert, einfach in den Kanal geworfen wird.“ Die Herberge zur Heimat wurde dann auch zur Innungs-Herberge der Tischler erklärt, bis die Arbeitsnachweisfrage geregelt sei. Der Gesellenauschuh verzögerte hierzu die Zustimmung, erklärte sich aber bereit, der Frage der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage näher zu treten.

Die Meister nahmen dann auch noch einen Antrag an, vorarbeiten zur Errichtung eines Innungs-Gewerkschaftshauses zu veranlassen.

Mariendorfer Tempelhof. Am 10. Juli cr. fand im Lokale des Herrn Werth, Tempelhof, die Generalversammlung des Arbeiter-Vereins, die sich im allgemeinen der Gewerkschaftsbewegung rege Sympathie entgegengebracht. Dem Bericht des Vorstandes entnehmen wir, daß der Verein zur Zeit 142 Mitglieder zählt, welche sich auf die Orte Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Mohlow, Lichterode und Söbende verteilen. Die Einnahmen des Vereins betragen 47,80 M., die Ausgaben 56,35 M. inklusive des Bestandes des vorigen Abchlusses ergibt sich ein Vereinsvermögen von 40,68 M.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Juli, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 70: Versammlung: „Freireligiöse Vereinigung.“ — Um 10 Uhr: vormitzige ebenda: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehrte: „Die Gottesdiener.“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Tischlerverein. Heute abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Central-Versammlung.

Lokalverband der Elektromotoren und Verfassgenossen Berlin und Umgegend. Heute 8 1/2 Uhr Sitzung im Restaurant „Zum alten Plättchen“, Schillingstr. 36.

Vermishtes.

Die Raucherkatastrophe auf dem Rhein. Das entsetzliche Schiffsunglück auf dem Rhein, welches sich am Mittwochmorgen um hellen Tage zugetragen hat und sieben Menschenleben forderte, ist, wie nunmehr festgestellt ist, durch die Schuld des Personals des Ruhrortter (nicht Römiger) Schraubendampfers „Karolina“ herbeigeföhrt worden. Dieses Boot, welches dazu bestimmt war, die Kiesnach von dem in Leberflüssen arbeitenden Dampfbagger nach Merkenich zu schleppen, fuhr trotz des jammervollen Hülersens der Insassen des Rauchs gegen die Dauen. Der Föhrmann wurde am Steuer vom Vordersteven des Schraubers getroffen und dabei der 50jährige Föhrmann Andreas Stahlberg, der schon über 25 Jahre seines Amtes als solcher mit großer Gewissenhaftigkeit waltete, getroffen und aus dem Rauchen geschleudert, der sofort umluppte. Durch das Hülersen der ertrinkenden unglücklichen Opfer der Katastrophe wurden die am Rhein wohnenden Leute der Orte Merkenich und Wiesdorf, dar-

unter auch die Gattin des Föhrmanns, auf das Entsetzliche aufmerksam. Trotzdem man sofort Nachen löste, gelang es nicht, von den Ertrinkenden jemand zu retten, außer dem Arzt Dr. Freitag aus Wiesdorf und dem Akerer Kaufmann aus Köln-Perheim, denen es gelang, bis zu dem hinter dem Schrauber befindlichen Schleppnach zu schwimmen und sich an denselben festzuhalten. Die unglückliche Föhrmannsfrau mußte so, ohne selbst helfen zu können, zusehen, wie ihr Gatte und Ernährer und ihre drei Söhne den Tod in den Wellen fanden. Augenzeugen des entsetzlichen Unglücksfalles behaupten, daß die Schuld an dem Personal des Schraubendampfers gelegen habe, dessen Mannichheit erst auf Deck gekommen sein soll, als der Zusammenstoß erfolgt war. Alle Versuche der Anwohner der in der Nähe gelegenen Orte, insbesondere von Derffeln, den Ertrinkenden Rettung zu bringen, waren vergebens. Dr. Freitag, der die Gefahr, in der die Insassen des Föhrmannschiffes schwebten, wohl bemerkte, rief dem Schraubendampfer zu und winkte mit dem Zeigefinger, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Auf dem Schrauber scheint man diese Signale aber nicht bemerkt zu haben, denn er fuhr mit voller Kraft gegen den Föhrmannschiff, dessen Insassen so laut schrien, daß die am Ufer Stehenden es hören konnten. Auf die Angaben der Verletzten und der zahlreichen empörten Zuschauer des gräßlichen Unglücksfalles wurde sowohl der Kapitän wie der Steuermann des Dampfers durch den Bürgermeister von Wiesdorf verhaftet. Kurzum! Niemand konnte man verhindern, daß sich die empörte Menge auf der beiden vergriff. Bis Donnerstagmorgen war noch keine der Leichen gelandet. Der verunglückte Föhrmann, der als ein sehr gewissenhafter Schiffer weit und breit bekannt war, hinterließ eine Frau und drei kleine unversorgte Kinder. Die Strombau-Behörde hat sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet und mehrere Zeugen des Unglücksfalles sind schon vernommen worden.

Abgelehnte Ordensauszeichnung. Gelegentlich seiner Pensionierung wurde dem Justizrat Krauß zu Thorn vom Kaiser als Anerkennung für treu geleistete Dienste des Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold am Bande des Roten Adlerordens verliehen. Ohne Angabe von Gründen hat K. indessen die Annahme der Dekoration verweigert.

Die aufgebroschene Leichenliste. Kürzlich wurde in Altona der Raubmörder Feldhufen hingerichtet, worauf die Leiche, in einer Kiste verpackt, für die Anatomie nach Kiel geschickt wurde. Während der Fahrt sind nun die beiden großen Vorlegeöffner gewaltsam erbrochen worden, so daß die Kiste geöffnet in Kiel eintraf. Staatsanwaltschaft und Eisenbahn-Direktion bemühen sich jetzt eifrig, die Frevlerthäter zu ermitteln. Ungeheuerlich hat ein Wohnpostbeamter in einem unbeachteten Moment die Leichenliste aus Kengierde geöffnet. Dem Thäter dürfte, falls er erwischt wird, eine strenge Strafe treffen.

Einrichtung. Der Kuhhirte Franz Rabanowski, welcher in der Nacht zum 30. Oktober des vorigen Jahres den Rentier Michael Mantenberg in Groß-Schönbrück ermordete und beraubte, wurde Donnerstag früh in Gaudenz durch den Schorrichter Reindel hingerichtet.

Der schnellste Dampfer. Der gestern Vormittag in New York eingetroffene Schnelldampfer „Deutschland“ hat schon auf seiner ersten Reise den Rekord der schnellsten Fahrt, welche jemals nach New York ausgeführt ist, errungen. Die Leistungen des Schiffs auf dieser Ostlingsreise übertrafen um mehr als einen Knoten pro Stunde die Leistungen des nächst der „Deutschland“ schnellsten Schiffes, des Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“. Die Durchschnittsfahrt beziffert sich, obwohl einige Male Ansenhalt durch Nebel und kleine Maschinenstörungen entstanden, auf 22,42 Knoten per Stunde. Nach den Erfahrungen, welche bei allen, auf der Fahrt des Steitiner „Vulkan“ erbaute Schiffe gemacht worden sind, dürfte sich die Geschwindigkeit des Dampfers bei künftigen Reisen noch sehr wesentlich erhöhen. Bei dem „Kaiser Wilhelm der Große“ hat diese mit der Zeit erzielte Geschwindigkeitserhöhung erheblich mehr als einen Knoten pro Stunde betragen.

Eisenbahn-Vetriebsunfall. Freitag früh 7 1/2 Uhr explodierte auf Station Reizenhof der Keisel einer Güterzug-Locomotive während des Rangierens. Lokomotivführer und Heizer sind nur leicht verletzt, weitere Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen. An dem Dach eines der Unfallsstelle gegenüber liegenden Schuppen der Fuderfabrik sind geringe Beschädigungen durch fortgeschleuderte Aestelsteile entstanden. Die Ursache der Explosion hat bisher noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden können.

Marktpreise von Berlin am 12. Juli 1900

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums		Rantofeln, neu, D. Gr.		Rantofeln, alte 1 kg		
*) Weizen, gut D. Gr.	16,25	—	—	1,60	1,20	
— mittel	—	—	—	1,20	1,00	
— gering	—	—	—	1,00	0,80	
**) Roggen, gut	15,10	—	—	1,60	1,10	
— mittel	—	—	—	1,60	1,10	
— gering	—	—	—	1,60	1,10	
†) Gerste, gut	12,90	14,40	Butter	2,60	1,80	
— mittel	14,30	13,90	Eier	60 Stück	3,60	2,20
— gering	13,80	13,40	Käse	1 kg	—	—
††) Hafer, gut	16,10	15,20	Rohwolle	—	2,80	1,40
— mittel	15,10	14,20	Haar	—	2,80	1,20
— gering	14,10	13,30	Seide	—	2,40	1,20
Nichtstrod	7, —	6, —	Bariche	—	1,80	0,80
Heu	8,40	5,70	Schilte	—	2,40	1,20
Erbsen	40, —	25, —	Reite	—	1,40	0,80
Erbsensöhnen	45, —	25, —	Kreble	per Schot	2, —	2,50
Linien	70, —	30, —				

*) frei Mühle **) ab Bahn. †) ab Bahn und ab Wagen. ††) ab Bahn und ab Wagen.

Produktenmarkt vom 13. Juli. Gute Woche auf dem Getreidemarkt die getrigte Verkaufung der Tendenz weitere Fortschritte, da das dauernd fallende Wetter zu den besten Hoffnungen für die Ernte berechtigt und die Preisbewegung an den ausländischen Börsen, namentlich in Nordamerika und Ostindien, rückgängig ist. In Amerika lauten die neueren Entscheidungen ebenfalls günstig. Bei uns war namentlich Weizen matt. Roggen wurde einigermaßen gehöhrt durch einiges Bedenkenbedürfnis und die Unrentabilität der rumischen Oeferten, welche aus dem Süden fast ganz fehlten, aus dem Norden im Preise nicht ernöhigt waren. Inländisches Angebot war knapp: für effektive Ware wurde am Fröhmarkt ein Aufschlag von 3-4 M. gegen laufenden Monat bezahlt. Weizen gab den Preis: Lieferungen bis 1 1/2, Roggen per September ca. 0,50 M. nach. — Hafer war sehr infolge großer Knappheit von guter inländischer Ware. — Mais war im Preise wenig verändert. — Rüböl wurde fast gar nicht gehandelt. — Spiritus unversetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Just. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Sie sind zur Stellung des Einwands nicht verpflichtet. — **N. 1000.** Zur Verfassung sind Sie trotz der Ausweisung verpflichtet. — **V. C. Friedrichsberg.** Nur diejenigen, mit denen nichts verabredet war, haben ein Recht, Schadenersatz zu verlangen und können den Schadenersatz beim Amtsgericht einlangen. — **H. T.** Die Kündigung ist rechtmäßig. Sie wurden in einer Grundschuld verlieren. Sehen Sie zu, sich mit der Eigentümerin zu einigen. — **W. M. 999.** Rein. — **N. 26.** 1. und 2. Ja. — **G. S.** Solcher Frieche ist uns nicht bekannt. — **H. M.** Wenn Sie die Vollmacht nicht ausstellen, so kann das Grundbuch nicht aufgeschlossen werden. Sind Sie mit dem Verkauf einverstanden, so müssen Sie also einmütig selbst zur Aufhebung zum Gericht reisen oder eine notariell oder gerichtliche beglaubigte Vollmacht zur Aufhebung ausstellen. — **G. H.** Sie können sich beruhigen: das Grundbuch, das Ihnen abzulösen verurteilt ist, bleibt Ihr Eigentum. Das Gericht, aber nicht notariell oder gerichtliche abgelaufene Kaufvertrag ist ungültig, weil es sich um einen Grundbuchsamt handelt. Die Ihnen angebotene Lage müßte abgelaufen werden. — **G. H. 1** und **2:** Rein. — **H. B. 32.** 1. In den Verfügungen der betreffenden Kirche. 2. Ja: wenn Ausländer, kann ohne jeden Grund die Naturalisation verweigert werden. — **D. B.** Ist die militärische Leistung von einer für die Dauer des Vertragsverhältnisses unerschöpflichen Zeit, so ist für die Militärdienstzeit der Lohn fortzuzahlen, sonst nicht. Die Frage ist also von Fall zu Fall mit Rücksicht auf die Dauer des Vertragsverhältnisses zu entscheiden. — **G. W. 6.** Sämtliche Verträge, Rechtsgeföhle usw., die in der Wöcht geschlossen worden, die Befriedigung eines Gläubigers zu vereiteln, sind, auch wenn sie notariell oder gerichtliche geschlossen worden, dem Gläubiger gegenüber unwirksam. Außerdem ist eine Befriedigung auf Grund des § 288 des St. G. B. möglich.

R. S. 100, R. S. Rein. — 9999. Wenn aus dem Inhalt des Vertrages nicht das Gegenteil erhellt, brauchen Sie sich die Malerei nicht gefallen zu lassen. — P. 55. Es genügt, wenn Sie entweder das Testament selbstständig schreiben, diktieren und unterschreiben oder es einem Gericht übergeben. Sowie Ihre Briefe erhalten sind, scheinen Sie in rechtsgültiger Weise in Holland bereits testiert. Ist das der Fall, so ist das holländische Testament ohne weitere Schritte für Sie in Deutschland gültig. — J. A. 1 bis 3. Etwa 400 bis 500 Mark 4. Ja. — **Mag.** Das eheliche und das uneheliche Kind besitzen ihre Mutter zu gleichen Teilen. — **Winkler.** Die Kündigung ist unwirksam. Sie brauchen die Wohnung nicht zu räumen und können eine Klage auf Anerkennung der Fortdauer des Vertrages gegen den Willen anbringen. — **G. W. in R.** 1. Vorwiegend nicht, schlichtmännlich 1 Spiegel und die Kommode oder das Spind. Das Gesetz zählt nicht bestimmte Gegenstände auf, die unpfändbar sind, sondern schreibt vor, daß die unentbehrlichen Gegenstände unpfändbar sein sollen. 2. Etwa 500 Mark. — **H. G.** Die Feinbearbeiter der Tabak- und Textil-Industrie sind versicherungspflichtig. Ob in ihrem Falle eine Versicherungs-pflicht besteht, ist wegen des Mangels jeder Angabe, um welche Art Tätigkeit

es sich handelt, nicht zu beantworten. — **R. Z.** Sie mühten von Beschreib erst abwarten. — **H. G. 23.** Ihr Wunsch soll baldmöglichst erfüllt werden. — **M. S. 17.** 1. Für die Kosten des Anwalts haftet diesem gegenüber sein Auftraggeber. Der unterlegende Teil wird verurteilt, die Kosten des Rechtsanwalts zu tragen. In diesen Kosten gehören auch die an den Anwalt verauslagten. Ob der Gemann auch nach dem 1. Januar 1900 verpflichtet ist, seiner Frau für einen gegen ihn angestrebten Prozeß die Kosten vorzuschießen, ist streitig. 2. Will eine Partei das Armenrecht erlangen, so wendet sie sich zunächst an die obrigkeitliche Behörde (in Berlin Armenkommission/Vorsteher) mit dem Antrag, ihr ein Zeugnis auszustellen, daß sie zur Bezahlung der Prozeßkosten unermöglich ist. Sodann wendet sie sich unter Vorlegung dieses Zeugnisses an das Gericht mit dem Antrag, ihr das Armenrecht für den Prozeß zu bewilligen. Durch Bewilligung des Armenrechts geht sie keines politischen Rechts, insbesondere nicht des Wahlrechts verlustig. 3. Etwa 50 bis 60 Mark. — **Diogenes.** 1. Ja. 2. Nach fünf Jahren, wenn während dieser Zeit keine gegen sie gerichtete richterliche Handlung vorgenommen ist, tritt Verjährung ein. **Streitende.** Ja. Uebrigens ist die Frage falsch gestellt.

Witterungsübersicht vom 13. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. G. °C
Swinemünde	762	O	1	wolkig	18	Haparanda	765	NW	2	heiter	13
Danzig	761	O	3	wolkig	18	Heidelberg	—	—	—	—	—
Berlin	761	O	2	wolkig	18	Sort	766	SW	5	bedeckt	16
Frankf./M.	759	O	2	heiter	19	Aberdeen	764	NO	1	wolkig	15
München	761	SW	—	wolkig	17	Paris	759	SW	1	wolkig	21
Wien	759	SW	2	wolkig	17						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. Juli 1900.
Warm und vorwiegend heiter bei schwachen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Theater.
Sonnabend, den 14. Juli.
Cyberhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Reising. Die Weibchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Lumpenackergasse. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Fingerring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Tochter Jerusalems. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Die Tochter Bellas. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Doppeltgänger. Aus dem Paradies. Im Garten: Specialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Sommernachtsball. Eine Nacht am Nil! Anfang 11 Uhr.
Stylo. Specialitäten-Vorstellung. Besuch auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Kranz. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Ziergarten.
Laudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Weiss“.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.
Passage-Panopticum.
Der
Haar-Athlet Sascha
und
15
erstklass. Specialitäten.

See-Terrasse
Röderstr. 6, Lichtenberg
(zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).
Größtes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3/4 Morgen gr. See.
Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer.
Das Grossfeuer hat nur die Eiswerke zerstört, während das Vergnügungs-Etablissement (25.000 Personen fassend) verschont blieb und sich nach wie vor in hottem Betrieb befindet.
Täglich: Grosses Konzert.
Jeden Sonntag: Erstklassige Specialitäten im Variété-Theater.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
4 hochelegante Kegelbahnen. — Grosser Vergnügungspark.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch jeden Montag u. Donnerstag). Auftreten der vorzüglichen Tyroler Alpensänger im Gartensaal.
Gesamt-Entree **10 Pf.** Kinder frei. Wochentags frei.

ZOOLOGISCHER GARTEN.
Vorletzte Woche:
Anstaltung
unsrer neuesten Kolonie
SAMOA
Es gelangt zur Vorführung
das ganze vor dem Kaiser im
Schloss-Garten zu Kiel ge-
gebene interessante Programm
Geöffnet von 10-12 u. 2-5 Uhr.
Vorstellungen um 11, 4, 5 1/2, 7 Uhr.
Entree vom Zoologischen Garten aus 25 Pf., Kinder 15 Pf., direkt von der Strasse (Stadtbahn-Eing.) 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: **Der wilde Jäger.**
romant. Sage mit Gesang u. Tanz in 4 Akte von Hugo Schütz, Musik von K. Kerker. Ballett unter Leitung der Ballettmästerin Fräulein Döring. Auftr. d. Ercentic-Gesellschaft: Molly Berch, d. Oratorische-Duetten-Ges. Milardo, Tanna, Anarrett, Ueberle-Truppe, Mikrobaten, Broders Leber, Berche Mikrobaten, Fred und Max, Chinesen. The Greenwood, Pantomime: „Die musikalische Schmelde“. — **Konzert.** Im Saale: Ball. — Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rum. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Allgemein bekannt. Sehr starke Ware in verschiedenen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund und einem Stütz gezeichnet. Nachlässe u. Rappnähte. Beste Leder-Breit-Taschen, die Hofe
(bei Entnahme von) **4 Mt. 50**
6 Stück 25 Mt.
Echt indigoblauer Jodett für Raschieren, Monture etc. 1 Mt. 90
Echt indigoblauer Hofe bis 1 Mt. 50
Prima Rascherer Hofe 8.—, 5.50, 3.50
gefärbt. Rascherer-Jodett 15.—, 9.—
Kerze-Rittel, gefärbt. Rascherer 2 Mt.
Rascherer-Rittel in Leinen-Art 2 Mt. 25
Mechaniker-Rittel (braun) 2 Mt. 40
Weiches Leder-Jodett, gefärbt, zweifach 7 Mt. 50
Ware **3 Mt. 75**
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 21a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 15 te Preisliste 1900 über gefärbte Herren- und Knaben-Bekleidung (Ausgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Verkauf von 20 Mt. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Bundweite u. Schriftgröße. Obige Preise gelten für normale Größen. 50292*

Schiller-Theater
(Wolkner-Theater).
Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Populäre Vorstellung (bei hohen und zimmergen Preisen): **Zar und Zimmermann.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Montag, abends 7 1/2 Uhr:
Dinorah
oder: Die Wallfahrt nach Floerzel.
Central-Theater
Anfang 8 Uhr:
Sensationeller Lacherfolg!
Berlin nach Elb.
Gr. Hofe in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: **Eisenbahn-Quartett! Cordula! Anfang der Parfums.** (Blühendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: **Berlin nach Elb.**

W. Noacks Theater.
Brunnenstrasse 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung
Neu! Neu! Neu!
Yette Matrosen.
Wolfe mit Gesang von Binderer. Musik von Steffens.
Der Herzverführer.
Operette in einem Akt von E. Giv. Musik von B. Holländer.
Im Saal: **Ball.**

Schweizer-Garten.
Am Königsbor. — Halle des elektr. Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.
Flammenrod Familie Pally-Frank
eine indische Witwe, (6 Pers.) Bacteres- und Luft-Mikrobaten.
ausgeführt **Fritzi Destree,** Hombert und Renardo,
von musikalische Ercentic.
— Serpentin- u. Flammenzüngerin. —
Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini,
7 Damen. — Moderne Karikatur — Tanz-Soubrette.
Jeden Abend 10 Uhr: **Die Spinatwachtel,** Vollbelustigungen aller Art.
ausgeführt **Die lustigen Weiber von Berlin.**
vom Theater-Ensemble (20 Personen). Anfang 4 resp. 5 Uhr. Entree 30 Pfg.

Sanssouci
Im prächtigen Natur-Garten eden Sonntag u. Donnerstags humorist. Solos der **Norddeutschen Quartett-Sänger** Gama, Cahnby, Nega etc. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Solos: **Tanzkränzchen.** Lang frei. Donnerstags haben Vereinsmitglieder und Vesperparties Gültigkeit.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwischen Müggelsee u. Rudow-Sturm.
Empfehle Babilon, Beretina und Korporationen für Sommervergügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Beschäftigung aller Art. Goulante Preise. **M. Degebrodt.** 50309* „Strandklub“, Alpendt.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Tochter Bellas.
Preis-Ausspiel von Rudolf Kneifel. Anfang 8 Uhr. Sonntag: **Anna-Lise.** Im Garten: Gr. Sommernachtsfest. **Konzert, Specialitäten, u. e.: Phantaska.** Das Herrliche. Lebende Bilder auf lebendem Pferde. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

Apollo-Theater.
Zum 155. Male:
Venus auf Erden. Bernhard Mörbitz.
Messter* neue Aufnahmen: Unsere Marine auf dem Wege nach China.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Garten-Konzert 7 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstr. 13-15.
Kritische Zeitung: Paul Milbits.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebten Kinderspiele. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
3 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Kouditorei, Blumenhand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich: **Norddeutsche Sänger** (Hörmann, Dork, Walde.)
Anfang: Sonntag 7, Donnerstags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets 3 Stück 1 Mt. Bonus nur in der Woche gültig. Sonntags und Donnerstags: **Tanzkränzchen.**

Natur-Heilverfahren.
Gaut, Garm- u. Blasenleiden. **Frauen-Krautheit.** heilt sicher ohne Verunsicherung. 39781*
R. Wagner. Jusselstr. 151/I (fr. Wallstraße 23.) 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.
Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, 1.
Behandlung aller Garm-, Garm- und Blasenleiden ohne jegliche Verunsicherung. 39781*
Erscheinungen 9-2 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Thalia-Theater.
Sonnabend, den 14. Juli:
Gastspiel der Orientalischen Operetten-Gesellschaft.
Die Tochter Jerusalems
Hörlich orientalische Operette in vier Aufzügen von J. Kuerbach. Musik von Wolfsthal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance-Theater.
15. Gastspiel.
Mlle. Carmen Darlot, Mr. Leon Christian, Mr. Albert Felix. „Fregolina.“
Im herrlichen Sommer-Garten:
Grosses Garten-Konzert. Specialitäten vornehmsten Genres. **Im Märchenwald.** Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.
Schönhäuser-Allee 149. Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Künstler L. Rangos. — Im renovierten Saal: **Großer Ball.** — Anfang 4 Uhr. **Lehmann.**
Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Hildesborfer Straße 71 am Hildesborfer Platz.
Täglich **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sprechst. Nachsch. 20 Pf. Anf.: Montag, 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sprechst. Nachsch. 10 Pf. **Hermann Imbs, Direktor.**

Metropol-Theater.
Heute, Sonnabend, den 14. Juli:
Erster gr. Sommernachtsball
„Eine Nacht am Nil.“
2 Musikkapellen. Grossartige Dekoration!
Eintritt in eleganter Sommerkleidung oder Strandtoilette.
Anfang 11 Uhr. Anfang 11 Uhr.
Abends: Herrenkarten 6 Mt., Damenkarten 5 Mt. Vorverkauf bis 6 Uhr abends: Herrenkarten 4 Mt., Damenkarten 3 Mt.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.**

Laabs
Elsasserstr. 39.
Behandlung aller Garm-, Garm- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2, 5-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Verbandskarten Gratzhanna
Cigarrenhändlern
offerierte besonders preiswert meine 3 Specialmarken. Agenten gef. **Eugen Braun.** Schreibens-Kasse. 50292*

Metropol-Theater.
Täglich 9 Uhr 10 Min.:
Der Zauberer am Nil.
Bühnen-Kunstausstattungs-Operette.
Mumien-Ballett
und das große
Juli-Specialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Rachen überall gefastet.

Deutsche Konzert-Hallen
Spandauer Brücke 3.
7 Stadtbahnhöfen.
Großer Naturgarten.
Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte von sämtlichen
Gesangs-Musik-Kapellen.
Entree frei.
Von 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.

Restaurant Pferdebusch b. Köpenick
(20 Minuten Waldweg. Von Berlin per Ruhleben über Köpenick in 1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Landwald gelegen, bietet es Berichten und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze, 2 Kegelbahnen, Kaffeehaus, großer Tanzsaal und Hallen für ca. 1000 Personen. **Neu erbaute Stallungen für 60-80 Pferde.**
Gute Speisen und Getränke. Günstige Preise. (46749)
Regem Besuch nicht entgegen hochachtungsvoll **Wilhelm Bräsewitz.**

Köpenick. Restaurant zum Schweizergarten.
Lindenstrasse 4 (an der Rummelsburger Chaussee).
Empfehle mein schön gelegenes Sommerlokal mit Garten, großem Saal, 1000 Personen fassend, Gesellschaftszimmer, Hallen, verdeckte Kegelbahnen, Volksbelustigungen aller Art. Familien können Kaffee trinken.
Für Fremdenparthien sehr geeignet. Stallung für ca. 50 Pferde vorhanden.
46752*
Ergebenst **W. Gaerisch.**

Heidelbeerwein a Fl. 55 Pf.
Obst-Sherry exkl.
Max Gaulke, Fruchtstr. 23.
Ecke Hildesborferstr. (185-8b)

Treptow. Hohlwein's Keglereschlösschen.
Köpenicker Landstr. 27, 3 Minuten vom Bahnhof Treptow, Haltepl. d. elektr. Bahn Stenisch u. Dalsch.
Großer schattiger Garten. — Saal zu Festlichkeiten. — Kaffeehaus. — Vier neue Kegelbahnen. — Marionetten-Theater und andre Volksbelustigungen. Cogerder Mas 10 Pf., große Weisse 20 Pf. 50119*

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
Hierzu ist: 50679*
30 1/2 Pf. Export-Weißbier 1 Mt. 2,25 (ohne Wasserzoll).
30 1/2 Pf. Weizenbier 1 Mt. 2,25 (von welcher Brauerei gewünscht wird).
30 1/2 Pf. Malter-Berliner 2 Mt. 50 Pf. Feinung.
Kücheneinrichtung kann wesentlich erfolgen.
Es umfasst: Kisten, Schränke etc.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W. Comptoir: Sedanstrasse 82, II.

Wurms Magendoktor

Ansichts-Postkarte
beim Einkauf von Wurms konz. Kräuterliqueur
Magendoktor erhältlich.

Apotheken A. Wurm's MAGENDOCTOR
ist das Beste für den Magen.

Herrn Apotheker A. Wurm in Barmen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Coblenz.
Herrn Apotheker A. Wurm in Düsseldorf.
Herrn Apotheker A. Wurm in Elberfeld.
Herrn Apotheker A. Wurm in Essen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Gelsenkirchen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Hagen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Hamm.
Herrn Apotheker A. Wurm in Herford.
Herrn Apotheker A. Wurm in Iserlohn.
Herrn Apotheker A. Wurm in Kassel.
Herrn Apotheker A. Wurm in Köln.
Herrn Apotheker A. Wurm in Lünen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Menden.
Herrn Apotheker A. Wurm in Mettmann.
Herrn Apotheker A. Wurm in Mülheim.
Herrn Apotheker A. Wurm in Netphen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Olpe.
Herrn Apotheker A. Wurm in Paderborn.
Herrn Apotheker A. Wurm in Rheda.
Herrn Apotheker A. Wurm in Siegen.
Herrn Apotheker A. Wurm in Sundern.
Herrn Apotheker A. Wurm in Unna.
Herrn Apotheker A. Wurm in Veltheim.
Herrn Apotheker A. Wurm in Witten.
Herrn Apotheker A. Wurm in Wittlich.
Herrn Apotheker A. Wurm in Zülpich.

Dr. S. Oberstabsarzt I. Kl. a. D., konstatiert: Um den vielen
Schädlichkeiten der heißen Jahreszeit vorzubeugen, genügt es, dem
Trinkwasser ein kleines Quantum **Wurms Magendoktor** zuzusetzen.
Vor kalten Getränken und nach frischen Gemüsen, Gurkensalat,
Obst u. dgl. ist ein „Wurm“ sehr zu empfehlen.

Flaschenverkauf in den Restaurationen und konz. Ladengeschäften.
Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläsern!

Dr. S. Oberstabsarzt I. Kl. a. D., konstatiert: Um den vielen
Schädlichkeiten der heißen Jahreszeit vorzubeugen, genügt es, dem
Trinkwasser ein kleines Quantum **Wurms Magendoktor** zuzusetzen.
Vor kalten Getränken und nach frischen Gemüsen, Gurkensalat,
Obst u. dgl. ist ein „Wurm“ sehr zu empfehlen.

Flaschenverkauf in den Restaurationen und konz. Ladengeschäften.
Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläsern!

Mephisto-Cigaretten

Gründruck 10 Stück 20 Pf.
Kupferdruck 10 Stück 30 Pf.

Silberdruck 10 Stück 40 Pf.
Golddruck 10 Stück 60 Pf.

Unübertroffen an Geschmack und Aroma.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, 1 Mark.
nur neue moderne Sachen, prima Qualität 1,50 und 2.-
Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch 1 Mk.
früher Barnimstr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Hutfabrik-Comptoir
früher Barnimstr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Möbel und Polsterwaren, Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Ungeziefer

aller Art, als Wanzen, Schwaben,
Flöhe, Fliegen, Ameisen, Käufe etc.
vertilgt
man absolut sicher u. schnell durch
Noss unerreichte Spezialmittel u.
umsonst
erhalten Sie ausführl. Gedrucks-
anweisung. Preis pro 1/2 Port.
50 Pf., 1/4 Port 1.- M., gr. 1,75
u. 3.- M. (48782)

Max Noa, Berlin N.,
Reinholdsdorferstr. 48.
Verband in Berlin frei Haus.

Für 30 Mark
fertige hochfeine Knäde und Balletts
nach Maß, prima Stoff und guter Sitz.
Riesentofflager 50019
Krausenstr. 14, I (fein Laden)

Jedes **5 Pfennig**.
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett, Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptpoststation Poststr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Edelholz verkauft (1500) Tausend,
Biesenstr. 29. 1414

Schmiedgeschäft zu verkaufen. Er-
fragen Statyerstr. 105 bei Partwig.

Cigarngeschäft, bestehende
Gründung, für 500 Mark veräußert.
Näheres Kantienstr. 70 Seifen-
geschäft. 139

Seifengeschäft, wegen allein-
stehend, veräußert. Näheres Man-
teuffeldstr. 73, Cigarngeschäft. 139

Elegante vorüberige Herrenhosen
feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonntag und Sonntag. Verbands-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Stetten, neue, veräußert sofort
billig. Waldstr. 78, I. rechts.

Betten, Strohbetten, vollständig
Verbands Haus Neanderstr. 6.

Reparaturarbeiten, goldene, Repara-
turen, vollständig Verbands Haus
Neanderstr. 6. 25/12

Teppiche, Gardinen, vollständig
Verbands Haus Neanderstr. 6.

Mauerer! Hilfsarbeiter, auch ganze
Tafeln, stets vorräthig Ost-Bazar,
61, nur Potsdamerstr. 61. Beste
aufschneiden. 15448

Großes Lager von Berliner Blauer-
pfeifen sowie auch Schnitten in jeder
Größe für Bauhandwerker hält auf
Lager Rindler, Görtzstr. 55. 142

Möbelnimmobilien, ganze Wirtschaft,
sparsam, auch einzeln, Gartenstr. 32A,
I links. 1414

Möbelverkauf, neue und ge-
brauchte, auch Teilzahlung. Rindler,
Sedanstr. 81. 15448

Damenbüten billig Güte, Wein-
bergsweg 13b. 918b

Fahrräder, erhaltend, zu Engros-
preisen (auch Teilzahlung). Rindler-
lager, Rindlerstr. 81. 15448

Milchgeschäft mit Kasse verkauft
Krauser, Müllerstr. 163a. 1178b

Wassocher, Sparsysteme, Zwei-
loch 4,00, Dreiloch 10,00, Gas-
Hilfen, Schneid- u. Biegelapparate
billig! Wohlfahrer, Wallnerstr.
str. 32. 15408

Geschäftsleute, Werstätten, 45 Pf.
1/4, Bismarckstr. 3 West. Brauer-
Verband Androssstr. 63. 1670b

Nähmaschinen, beste Ringkett,
Robbin, Adler, Schneidnäher, vor-
und rückwärts nähend, ohne An-
zahlung, wöchentlich 1 Mark, fünf-
jährige Garantie, Lieferung sofort,
Postkarte, Landsberger, Landsberger-
str. 35. Rein Laden. 1900b

Pandemie, für Vereine empfehle
zu Kampagnen mein Lager in
Galanterie, Kurz- u. Spielwaren
in allen Größen. G. Poemide,
Alte Jakobstr. 18/19. 1906b

Reparatur für umhängebare
zu verkaufen. Treckowstr. 53.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Jachon, Alle
Kantstr. 24. Neuer Abendkurs
zur Ausbildung zum Elektriker
in Theorie und Praxis nach be-
währter Methode beginnt 17. Juli.
Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Anmeldung täglich, auch Sonntag, 2072

Rechtschule erteilt Gnadt, Kap-
pinerstr. 41. 1470

Rechtsbureau Androssstr. 63,
neben Konfordia. Rechtschule.

Photographie, 6 Bild und
1 Kabinett, 2 Mark 50 Pfennig,
Kinder- und Familiengruppen, sechs
Personen, gleiche Preise. G. Spring,
Sedanstr. 81. 146

Möbel, Kasten, Bett, Gela-
nder, monatlich 4 Mark, Dyanien-
str. 118.

Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
beiter für 20 Mark, W. Bülow-
str. 66, 2. Hof parterre. 2987b

Uhren repariert Wilhelm Glode,
Hörnacher, Putzstr. 45. 1145

Fahrrad - Reparaturen fertigt
Rindler, Androssstr. 70. 1478b

Fahrräder und Fahrräder
billigste Bezugsquelle, Reparaturen.
Dito Heine, Bismarckstr. 6b. 1238b

Fahren jeder Art führt billigst
Dito Daniel, Sedemannstr. 2, Kohlen-
handlung. 982b

Privat, Wittgenstr. 40, Herren 40,
Damen 35 Pfennig. Dyanienstr. 178, I.

Zahl und Bereinigung empfiehlt
Jannach, Antellstr. 10. 1208b

Bereinszimmer, kleiner Saal,
mehrere Loge, auch Sonntag, zu
vergeben. Gold, Große Frankfurter-
str. 133. 1460

Bereinszimmer empfiehlt Herr
Alte Jakobstr. 119. 1288b

Rechtsbureau, Androssstr. 63
(neben Konfordia), Rechtschule.
Sonntag bis mittags. 1908b

Großes Vereinszimmer zu ver-
geben. Sander, Köpckestr. 158.

Bereinszimmer mit Piano, auch
als Hofkuche, zu vergeben. Siebe,
Bismarckstr. 40. 1902b

Wellenbadschüssel, gebraucht
noch zur erhalten, für circa 32 Mark
zu kaufen gesucht. Dreyer K. 27
Postlagernd Schönberg. 1899b

Vermietungen.

Mietgesuche?

Junger Mann sucht möbliertes
Zimmer zum 1. August, Erdgeschoss,
nicht über 2 Treppen. Offerten an
Wüller, Frankfurter Allee 102, Duer-
gebäude III. 143

Zimmer.

Fremdlich möbliertes Zimmer für
2 Herren sofort zu vermieten. Rindler-
str. 81, Duergebäude III, bei
Wölfe Rosenthal. 1417

Möbliertes Zimmer für 1 Herrn,
Schmidt, Reichenbergerstr. 148, vorn
3 Treppen rechts. 780

Schlafstellen.

Fremdlich Schlafstelle für Herrn
Bettstraße 10, vorn IV. 1003b

Möbliertes Schlafstelle, sofort, auch
kalt, Androssstr. 3, Hof III,
Wölfe Wolf. 1901b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bücher Stillschreiber mittel um
Arbeit. Stillschreiber gut geübt,
dieselben werden abgeholt und ange-
kauft. Müller, Köpckestr. 27. 146

Zuche Beschäftigung irgendwelcher
Art. Gute Handschrift. Müller,
Griebenowstr. 17. 1450

Stellungsangebote.

Tüchtige Farbmalger Brangel-
str. 12. 1806b

Korbmacher, 4-6, auf Postla-
sorge, per Tag 35 Pfennig Lohn,
finden dauernde Beschäftigung bei
Julius Freyner, Vorhangen. 1447

Gipsplatten-Seher werden gesucht.
An erfahrenen Kunst- und Krammerstr.
Ede bei Kuehl. 1913b

Schriftführer für Granite verlangt
Wahlstr. 11, Hof, Hermannstr. 206.

Zuarbeiterin zur Schneiderei ver-
langt. Ost, Köpckestr. 37. 1450

Gebüde Reizehrerinnen verlangt
die Berliner Druckpapier-Fabrik
Schönhauser Allee 164. 1460

Verwalterin für Parodisten ver-
langt. A. Brandner, Reinholdstr.
Reinholdstr. Weg 13/14. 1417

Mädchen zum Bekleidern ver-
langt. B. Reich, Köpckestr. 94.

Ausfertigerinnen auf Plätze
sofort verlangt. Siebel u. Behrens,
Vandenbergstr. 107. 2448

Gebüde Belegstellen für Gold-
schmied gesucht. Reichenbergerstr. 13. 73

100 Arbeit-Belegstellen verlangt
Reich, Reichenbergerstr. 21, Reichenber-
gerstr. 21 und Gerichtstr. 31 bei
Kramer. 15425

Tüchtiger Grundier-Werkführer

von einer angesehenen größeren Gesell-
schaft gesucht. Offerten mit
Wohnortangaben an L. O. 736
an Hasenstraße 4, Vogler, H. O.,
Berlin, Leipzigerstr. 31/32.

1 tüchtiger Formier-
der zugleich in Silber gehen kann,
wird für sofort oder später nach vorher
hört verlangt. Lohn bis 45 Mark
pro Woche.

Für Berlin 1 tüchtiger Hammer-
arbeiter per sofort verlangt.

Arbeitsnachweis
deutscher Goldschmiede,
Engelstr. 15. 106

Gebüde Belegstellen für Gold-
schmied finden dauernde Beschäftigung bei
Werkmeister, Reichenbergerstr. 194. 1311b

Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker!

Die Herren Görlitz-Clasen,
Bendixöhne u. de Weissen-
seer Holzbearbeitungs-
Fabrik, Offenbachstr. 11, Berlin,
Südost, sind abgereist!
Die Kommission.